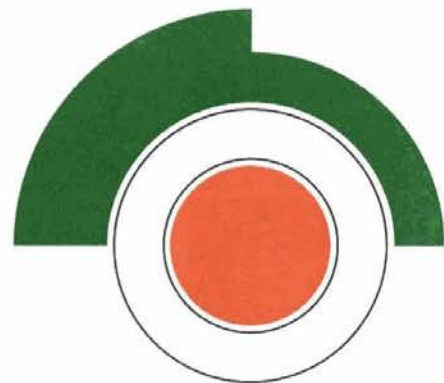


Nordrhein-Westfalen **Landtag** **intern 12**



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 32. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 11.9.2001

Haushalt 2002 erstmals in Euro Nullwachstum, aber nicht für Gemeinden

Finanzminister Peer Steinbrück brachte am 5. September seinen Entwurf für den Landeshaushalt 2002 im Landtag ein. Das Ausgabevolumen wird erstmals in Euro ausgewiesen und weist mit 48,6 Milliarden Euro gegenüber dem laufenden Jahr fast keine Steigerung aus. Die Schulden des Landes steigen (im Jahr 2000 77 Milliarden Euro), wobei die Neuverschuldung aber weiter abgesenkt wird. „Schmerzlose“ Einsparungen werde es nicht geben, sagte der Minister. Auch sinke die Investitionsquote, im Jahr 2001 9,5 Prozent, auf 9,3 Prozent.

Der größte Ausgabenblock im Haushalt 2002 sind mit knapp 20 Milliarden Euro die Personalkosten, und zwar vor allem Versorgungsbezüge (plus sieben Prozent) und die Ausgaben für Beihilfen. Rund 24 Prozent des Haushalts fließen an die Kommunen. Bei Nullwachstum des Gesamthaushalts steige der kommunale Steuerertrag um 3,4 Prozent, sagte Steinbrück und forderte eine Reform der Gemeindefinanzen nach der Bundestagswahl sowie kalkulierbare eigene Einnahmen für die Gemeinden. Zu hoch seien immer noch die Ausgaben für Schuldzinsen mit 9,4 Prozent des Haushalts. Bei den Ressorts werden für Schule/Wissenschaft/Forschung mit 16 Milliarden Euro die höchsten Ausgaben veranschlagt.

CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Jürgen Rüttgers kritisierte, erstmals müsse mehr für Schuldzinsen gezahlt werden als für Investitionen, bei einem Investitionsstau in NRW in zweistelliger Milliardenhöhe. FDP-Fraktionsvorsitzender Jürgen Möllemann hielt es für grotesk, in der absehbaren wirtschaftlichen Rezession die Meistergründungsprämie um 25 Prozent zu kürzen, und forderte, alle Programme ohne volkswirtschaftliche Impulse zu streichen. Die Vorsitzende der GRÜNE-Fraktion, Sylvia Löhrmann, hielt die erlahmende Weltkonjunktur für die Ursache der NRW-Wachstumsschwäche und verwies auf Exportchancen der Umweltwirtschaft. SPD-Fraktionsvorsitzender Edgar Moron erklär-

te, der Sparhaushalt sichere die wichtigen Reformen und ermögliche auch neue Lehrerstellen sowie mehr Ganztagsbetreuung von Kindern. Die Haushaltsberatungen würden die schwierigsten, die der Landtag je geführt habe.

(Ausführliche Berichte über die Haushaltsreden der Minister Steinbrück und Behrens auf den Seiten 4 und 5.)



Durchblick und kühlen Kopf bewahren muss Jürgen Wotzik jeden Tag an seinem Arbeitsplatz, der Küche des Landtagsrestaurants. Eine neue Decke sorgt seit kurzem dafür, dass aufsteigender Dampf, Hitze und Fett rasch und wirksam abgesaugt werden. Mehr darüber auf Seite 21.

Foto: Schälte

Tierschutz

Mit einer Verfassungsänderung hat der Landtag den Tierschutz zum Staatsziel erklärt. (Seite 6)

Landtagskicker

Launisch wie Aprilwetter zeigte sich das Glück auf dem grünen Rasen für die Mannschaft des FCL. (Seite 20)

Die Woche im Landtag

Integration

Vorreiter NRW: Der Landtag hat gemeinsam ein umfassendes Konzept zur Integration verabschiedet. (Seite 7)

Lebenspartnerschaft

Ab 1. August 2001 können gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften in NRW amtlich eingetragen werden. (Seite 10)

Windenergie

Während die Koalition für einen zügigen weiteren Ausbau der Windenergie ist, sprach sich die Opposition für ein Moratorium (CDU) oder für einen Stopp (FDP) aus. (Seite 12)

Metrorapid

Haushalts- und Verkehrsausschuss behandelten die Finanzierung des Projekts Metrorapid. (Seite 14)

Porträt der Woche

Die GRÜNEN-Abgeordnete Ute Koczy ist Ausschussvorsitzende im Landtag. Was die überzeugte Europäerin außerdem macht und meint, schildert Reinhold Michels in seinem Porträt. (Seite 23)

Wort und Widerwort:

Welche qualitätssichernden Maßnahmen benötigt die „Selbständige Schule“?

Ende vergangenen Jahres hat der Landtag die Durchführung eines Modellvorhabens zur erweiterten Selbständigkeit von Schulen beschlossen. Dabei sollen die Schulen nach dem Willen des Parlaments eine deutlich höhere Selbständigkeit und Eigenverantwortung in personeller und finanzieller sowie in pädagogischer und unterrichtsorganisatorischer Hinsicht erproben. Wie die Fraktionen die Bedingungen werten, unter denen das sechsjährige Projekt ablaufen soll, erläutern ihre Sprecher auf Seite 2.

Von Manfred Degen (SPD)

Das Projekt der „Selbständigen Schule“ entlässt die Schulen nicht in einen rechtsfreien Raum, erzeugt keine Beliebigkeit. Lehrpläne, erzieherische Ziele und Abschlussbestimmungen behalten aus gutem Grund ihre Gültigkeit.



Die Gesamtverantwortung des Staates bleibt erhalten. Schulaufsicht wird im Rahmen des Modellvorhabens die beteiligten Schulen verstärkt beraten.

Ferner bedürfen Schulleitungen und alle anderen Beteiligten an dem Prozess der Fortbildung und externen Unterstützung. Die Einrichtung regionaler Bildungsbüros, die diese Unterstützung bieten und

organisieren können, kann hier ein wichtiger Schritt sein.

Die Beteiligung aller Interessengruppen einer Schule wird durch Beratung und Entscheidung vor Ort sachgerechtere Lösungen hervorbringen.

Wichtigster Faktor in der Qualitätssicherung ist eine fortlaufende Evaluation. Sie muss die ständige interne Selbstvergewisserung der Akteure in der Schule ebenso beinhalten, wie die Offenlegung von Ergebnissen und Prozessen für die externe Überprüfung.

Ein Versuch bedeutet Erprobung. Dabei kann es auch Irrwege geben, die jedoch nicht zu Lasten der Schülerinnen und Schüler gehen dürfen. Die wissenschaftliche Begleitung muss eine fundierte Auswertung nicht nur am Ende des Versuchs gewährleisten. Sie muss auch beraten und im wahrsten Sinne des Wortes „begleiten“.

Im Zentrum des Versuchs steht die Verbesserung des „Kerngeschäfts“, also die Hebung des Niveaus von Unterricht. Die Verbesserungen der Rahmenbedingungen bieten dafür die Voraussetzungen.

Von Ralf Witzel (FDP)

Ein stärkerer Wettbewerb der einzelnen Schulstandorte steht für die FDP schon seit längerem auf der Agenda. Richtig verstandene Angebotsdifferenzierung ermöglicht nach allen



Gesetzen der Marktwirtschaft Qualitätssteigerung und individuell sachgerechtere Wahlentscheidungen bei der

Auswahl von Bildungsgängen. Dasselbe gilt auch für die anbietenden Einrichtungen. Eine vernünftige Flexibilisierung in solch positivem Sinne fördert Kreativität im Wettbewerb der Angebote und kann im Benchmarking verschiedener

Schulstandorte dokumentiert werden, beispielsweise in jährlichen Rechenschaftsberichten. Darin liegt eine Chance für die Kollegien und Schulgemeinden, die Überdurchschnittliches leisten, dafür auch entsprechend honoriert zu werden, während die gegenwärtige Bildungsbürokratie bislang Eigeninitiative oftmals hemmt.

Integrale Voraussetzung dafür ist aber neben einer freien Schulstandortwahl ein konsistentes Konzept zur Qualitätssicherung: Anforderungen müssen landesweit einheitlich definiert und im Rahmen von Abschlussprüfungen nachgewiesen werden. Die FDP hat daher das neue Instrument der Mittelstufenprüfung im Landtag beantragt und fordert für das Abitur eine schulexterne Zweitkorrektur, um dem gerade an vielen Gesamtschulen vorherrschenden Notenlifting und Anforderungsdumping wirkungsvoll entgegenzutreten. Instrumente relativer standortbezogener Bewertung wie der Drittelerlass, die einer landesweiten Vergleichbarkeit von Bildungsqualität im Wege stehen, gehören schnellstens abgeschafft.

Die gegenwärtigen Planungen von Rot-Grün laufen leider in die entgegengesetzte Richtung: Schulministerin Behler will die notenfreie Schule einführen und mit einer Stundentafelflexibilisierung den örtlichen Lehrermangel und Stundenausfall kaschieren. Durch das konkrete Vorhaben der „Selbständigen Schule“ werden daher Unterrichtskontinuität sowie Qualität und Vergleichbarkeit von Abschlüssen weiter leiden. Die FDP wendet sich gegen diese Form einer neuen Beliebigkeit von Schule.

Von Bernhard Recker (CDU)

Die CDU-Landtagsfraktion befürwortet mehr Eigenverantwortung der Schulen. Eine Deregulierung ist dringend notwendig. Dabei gibt es im organisatorischen Bereich ad hoc eine Fülle von Möglichkeiten.



Die CDU stellt klare Forderungen an eine „Selbständige Schule“. Die Rahmenbedingungen in personeller und finanzieller Hinsicht müssen stimmen, und die Qualität muss vergleichbar gesichert werden. So darf die Absicht, bei der Ausgestaltung der Leistungsbewertung und der Bescheinigung der Leistungen auf Ziffernnoten zu verzichten, nicht umgesetzt werden. Dieses Verfahren ist unter dem Aspekt der Chancengleichheit und Gerechtigkeit sowie unter Qualitätsaspekten nicht haltbar und muss dringend revidiert werden. Wer viel Freiraum gibt, der muss auch eine entsprechende Leistungskontrolle garantieren. Dazu gehört auch die Einführung von zentralen Abschlussprüfungen in allen

weiterführenden Schulformen. Dabei ist zu überlegen, ob wirklich alle Prüfungsinhalte vom Ministerium vorgegeben werden müssen.

Eine Stärkung der Schulaufsicht ist die notwendige Konsequenz aus der Projektbeschreibung. Wer viel Freiheit will, der muss sich auch entsprechenden Kontrollen stellen.

Welche qualitäts-sichernden Maßnahmen benötigt die „Selbständige Schule“?

Von Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

„Weniger Bürokratie“ lautet ein Motto, unter dem GRÜNE die Idee für das Modellvorhaben „NRW Schule 21 – Selbstständige Schule“ entwickelt haben. Das Modellprojekt soll also nicht zu mehr Kontrolle führen, sondern zu mehr Freiheit für die Schulen. Insofern geht es jetzt zu allererst einmal um Maßnahmen, die den Gestaltungsspielraum von Schulen er-



weitern, und nicht um solche, die ihn einschränken.

Aber selbstverständlich sollen Schulabschlüsse in bewährter Form gewährleistet werden. Und die teilnehmenden Schulen verpflichten sich zu interner und externer Evaluation ihres Entwicklungsprozesses und ihrer Ergebnisse. So steht es in der Ausschreibung. Wir GRÜNEN erwarten, dass die Schulen Vorschläge zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung machen, die Wege dahin wollen wir öffnen. Wer jetzt nach zentralen Prüfungen ruft, verkennt, dass gerade dadurch das Pauken abfragbaren Wissens und nicht das so wichtige Lernen des Lernens im Vordergrund steht. Wir sind uns außerdem sicher, dass die Beteiligten vor Ort, allem voran die Lehrerinnen und Lehrer, das „Beste aus ihren Schülerinnen und Schülern herausholen wollen“ und keiner Gängelung bedürfen.

Das Spannende an einem Modellvorhaben ist, dass es zwar Ziele, aber keine Definition der Wege gibt. Gerade das soll Schulen motivieren sich zu beteiligen. Es kann sein, dass nur wenige Schulen mit dem Lernstoff experimentieren und sich auf Veränderungen an der Unterrichtsorganisation und Schulverwaltung beschränken. Es kann aber auch sein, dass viele ausführliche Festlegungen in Richtlinien und Lehrplänen sich als überflüssig herausstellen – dass hier also Bürokratie eingeschränkt werden kann, ohne die Qualität zu verringern.

Sicher ist, dass im Modellversuch erprobt werden kann, wie Kinder und Jugendliche auf eine andere Art und Weise das lernen, was nötig ist. Müssen sie, um gut Englisch zu sprechen, Hunderte von einzelnen Englischstunden „die Schulbank drücken“? Oder lernen sie vielleicht schneller, leichter und nachhaltiger, wenn sie mehr Auslandskontakte pflegen, sei es durch e-mail oder durch gezielte Aufenthalte vor Ort? Müssen sie, um gut rechnen zu können, Formeln aus Büchern lernen? Oder klappt es vielleicht besser, wenn sie in Betriebspraktika Rechenprogramme kennen lernen, die mathematische Fragen aufwerfen, die dann diskutiert werden können? Wie sollte ein sinnvoller Mix aus Bücherwissen und praktischem Lernen aussehen?

Dies sind spannende Fragen, auf die die Modellschulen hoffentlich Antworten finden werden. GRÜNE wollen ihnen nicht vorgreifen, das Vorhaben gleichwohl neugierig und zielorientiert begleiten.

Die Bewerbungsfrist läuft: Bis zum 15. November kann die Teilnahme am Modellprojekt „Selbständige Schule“ erklärt werden. 300 Schulen und Schulträger im Lande sollen während der Dauer des Projekts (sechs Jahre) erproben, wie im Rahmen einer verstärkten eigenverantwortlichen Steuerung der Schule die Qualität der schulischen Arbeit und dabei insbesondere des Unterrichts verbessert werden kann. Dazu sollen die Schulen während des Vorhabens bei der Personalbewirtschaftung, Sachmittelbewirtschaftung sowie der Unterrichtsorganisation und -gestaltung weitgehend selbständige Entscheidungen treffen und neue Modelle der Schulmitwirkung und der Personalvertretung erproben. — Wir berichten — mit Fortsetzung in einer der nächsten Ausgaben — über die öffentliche Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung unter Leitung des Vorsitzenden Dr. Jörg Eckhold (CDU) am 29. August im Plenarsaal.

Auftrag: Deutlich mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortung für die Schule

„Es ist fällig“, sagte Professor Dr. Hans-Günter Rolff von der Universität Dortmund. Das Modellvorhaben „Selbständige Schule“ sei das „interessanteste und anspruchsvollste Schulentwicklungsvorhaben Deutschlands“, weshalb die wissenschaftliche Begleitung zu begrüßen sei. Die deutsche Schule sei traditionell eine verwaltete Schule; jetzt solle sie Verantwortung erhalten für die Qualität ihrer Arbeit und Entwicklung.

falt, sondern Ungleichheit durch die Monopolisierung partikularer Interessen. Ladenthin knüpfte des Weiteren Vorbehalte an die Verlagerung beamtenbesoldungsrechtlicher Entscheidungen an die Schule: Welche Konsequenzen habe das im Zweifelsfall vor allem für die Frauen — „es könnte sein, dass sich der Lehrerberuf zu einer Leichtlohngruppe entwickelt“, fürchtete er. Der Block der kommunalen Spitzenverbände



Der Wissenschaftler warnte vor einer Reihe von Gefährdungen, denen er das Modell ausgesetzt sieht: Es dürfe nicht „zu einem Projekt für Schulleiter und Schulmanager“ werden, sondern im Mittelpunkt stehe der Unterricht, das Lehren und Lernen der Schülerinnen und Schüler. Die größere Selbständigkeit dürfe nicht zu einer Ungleichheit von Schulen führen, betonte er: Die regionale Bildungslandschaft müsse darum so ausgestaltet werden, dass Gleichheit gewährleistet werde. Rolff fragte, ob nicht die Barrieren fürs Mitmachen zu hoch seien; Schulen sollten auch „klein“ anfangen können. Sonst bewürben sich nur die Schulen, „die es nicht mehr nötig haben“. Andere Bedenken nannte Professor Dr. Volker Ladenthin (Bonn). Er unterstrich die Verantwortung des Staates für eine „Bildung für alle“, die für alle gleich und zugleich ausdifferenziert auf das Individuum anzubieten sei. Auch er sorgte sich um mögliche Ungleichheit: Es komme darauf an, ob die beabsichtigte Regionalisierung „offen und geschmeidiger für alle“ erfolge oder ob sich dabei „lokale Interessenmonopole“ durchsetzten. Das Ergebnis wäre dann keine Viel-

Andrang wie selten bei den ausgelegten Zusehriften. Das Interesse der Anhörungsteilnehmer und Zuhörer galt den schriftlichen Stellungnahmen der Betroffenen, Beteiligten, Experten und Sachwaltern gesellschaftlicher Belange, die diese zum Thema „Selbständige Schule“ dem Landtag haben zukommen lassen. Foto: Schälte

begrüßte vom Grundsatz her den Modellversuch und warnte zugleich vor einer finanziellen Lastenverschiebung vom Land auf die Schulträger, die Städte und Gemeinden. Dr. Matthias Menzel vom Städte- und Gemeindebund fragte die Landesregierung, was sie unter größeren Städten verstehe, die sich beteiligen können: In seiner Organisation gebe es viele Kommunen zwischen 20 000 und 60 000 Einwohnern — gehörten die dazu? Wenn es diese Begrenzung gebe, dann sei sie nicht sachgerecht und verringere die Motivation zur Teilnahme. Alle Städte, auch die im ländlichen Raum, sollten sich beteiligen können, denn hier gehe schließlich die Hälfte der Schülerinnen und Schüler zur Schule. Klaus Hebborn vom Städtetag NRW ergänzte, auch Städte unter Haushaltssicherung sollten mitmachen können, darum seien die

erwarteten Leistungen des Schulträgers nicht zu hoch zu schrauben. Im Übrigen verlangte er eine Reform der Schulaufsicht; das bisherige zwei- oder dreistufige System habe keinen Sinn mehr, wenn wesentliche Entscheidungen auf die einzelne Schule verlagert würden. Für den Landkreistag unterstrich Franz-Josef Schumacher diese Forderung und regte an, das Modellprojekt dürfe nicht dazu führen, „dass alles auf dieses Projekt starrt und anderswo sechs Jahre Stillstand herrscht“. Gute Ergebnisse sollten schon vorher bei allen anderen Schulen auch umgesetzt werden können.

Norbert Wichmann vom DGB-Landesbezirk bot die aktive Mitarbeit seiner Organisation an. Der Gesetzentwurf der Landesregierung sei „verbesserungsfähig“, Wichmann erwähnte dabei die Mitbestimmung, die „wichtigste Voraussetzung für das Gelingen des Modellversuchs“ sei. Die innerschulischen Gremien seien, unter Einbeziehung der Eltern und Schüler, weiter zu stärken. Qualifizierte Mitbestimmung der Beschäftigten solle das dienstrechtliche Handeln begleiten, aber „einen Personalrat light werden wir nicht akzeptieren“.

Innenausschuss:

Kruse-Pensionierung

Die Pensionierung des Bielefelder Polizeipräsidenten Horst Kruse prägte den Beginn des Ausschusses für Innere Verwaltung unter Leitung des Vorsitzenden Fritz Stallmann (CDU). In dieser Angelegenheit hatte der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Theodor Kruse, nähere Auskünfte vom Innenminister des Landes, Dr. Fritz Behrens (SPD), verlangt.

Für dieses Antwortschreiben dankte der Abgeordnete dem Minister, fügte aber hinzu, er, Kruse, es andererseits auch verstanden hätte, wenn der Minister unter Berufung auf das Beamtenrecht weitere Auskünfte abgelehnt hätte. Das ministerielle Schreiben führe so nur zu neuen „Mutmaßungen und Irritationen“. Der innenpolitische Sprecher der FDP, Horst Engel, fügte an, es wäre besser gewesen, wenn die Suspendierung Kruses durch den Minister rascher erfolgt wäre — im Interesse der Bielefelder Polizeibehörde, die auf diese Weise über Monate nicht zur Ruhe gekommen sei. Darauf der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jürgen Jentsch, an die Opposition: Sie sei es doch gewesen, die die Unruhe geschürt und nach Bielefeld getragen habe. Im Übrigen, so Jentsch weiter zu den in der Bielefelder Drogenberatung Arbeitenden, sei es denen schlechterdings nicht länger zumutbar, dass nach 20 Monaten die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen noch nicht zum Abschluss gekommen seien. Jentsch wörtlich: „Die Staatsanwaltschaft soll endlich in die Pötte kommen.“ Minister Behrens (SPD) zeigte sich verwundert über die Einlassungen der Opposition: „Sie, CDU und FDP, haben zur Jagd auf einen Menschen geblasen. Dass der Jäger, wenn er das Wild erlegt hat, nun Tränen weint, statt Halali zu blasen, das ist selten.“ Darauf reagierte Dr. Wilhelm Droste (CDU) mit der Bemerkung, die Opposition sei ihrer Kontrollpflicht nachgekommen; diese Aufgabe lasse man sich nicht nehmen.

„Keine Konsolidierung ohne Schmerzen“

Etatentwurf für 2002 vorgelegt

Finanzminister Peer Steinbrück und Innenminister Dr. Fritz Behrens (beide SPD) brachten am 5. September den Entwurf des Landeshaushalts 2002 im Landtag ein. Der Haushalt wird erstmals in Euro ausgewiesen. Das Volumen soll 48,6 Milliarden Euro betragen, das sei mit einer Steigerung der bereinigten Ausgaben von 0,1 Prozent ein „Nullwachstum“ der Ausgaben, sagte Steinbrück. Trotzdem steige der kommunale Steuerverbund um 3,4 Prozent.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) nannte als Leitmotiv für seinen Entwurf „Erfolgreich sparen für die Zukunft unserer Kinder“. Nach der Absenkung der Nettokreditaufnahme 2001 fahre er die Neuverschuldung „im Konzern NRW“ zurück. Offen eingestandenes Manko des Entwurfs sei die auf 9,3 Prozent sinkende Investitionsquote. Er kritisierte Forderungen der Opposition von „olympischer Dimension“ und sagte, eine schmerzlose Konsolidierung gebe es nicht. Kneifen vor jedem Gruppenwiderstand führe zum Verlust von Glaubwürdigkeit. NRW werde weniger in den Länderfinanzausgleich einzahlen müssen. Die Ministerien arbeiteten sparsam. Die Personalkosten würden gesenkt.

Bei den Einnahmen rechne er mit erheblich höheren Entlastungen durch die Unternehmensteuerreform des Bundes. Auch das Steuersenkungsgesetz führe zu Steuerausfällen für NRW. Insgesamt gebe es die größte geschlossene Steuererleichterung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutsch-



Neues Mitglied des Landtags: Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) nimmt die Verpflichtung von Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) vor. Der frühere Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende ist für den ausgeschiedenen SPD-Abgeordneten Heinz-Peter Gasse in das Landesparlament nachgerückt. Foto: Schälte



„Wir sparen mit Augenmaß und konsequent“ — Finanzminister Peer Steinbrück zu seinem Entwurf des Landeshaushalts 2002
Foto: Schälte

land für Bürger, Mittelstand und Großunternehmen. Um 900 Millionen Mark entlaste die neue Entfernungsprämie, die so nicht wiederholt werden solle. Die Rentenreform mit dem Einstieg in die private Förderung belaste ebenfalls die öffentlichen Haushalte.

Große Ausgabenblöcke versteinerten den Landeshaushalt. 40,9 Prozent oder knapp 20 Milliarden Euro entfielen 2002 auf Personalkosten. Der Dynamik bei den Versorgungsausgaben müsse gegengesteuert werden. Steinbrück kündigte ein „Stadtortgespräch“ mit Experten an, von denen er sich Lösungsansätze erwarte, und forderte alle Fraktionen auf, sich daran zu beteiligen. Beim Personalabbau sei NRW auf gutem Weg. Im Jahr 2000 seien 3020 kw-Vermerke realisiert worden, im ersten Halbjahr 2001 1400. Im Jahr 2002 gebe es 588 weniger Stellen trotz neuer Stellen für „Verlässliche Schule“. An Personalbudgetierung nähmen zurzeit sechs Ministerien teil, denen bereits ein Prozent der Personalmittel abgezogen würden.

An einer Neuregelung beim Länderfinanzausgleich habe NRW aktiv an der Spitze eine Lösung betrieben, womit NRW ab 2005 um jährlich 150 Millionen Euro entlastet werde. Der Bund übernehme weite Teile des Kapitaldienstes für den Fonds deutsche Einheit. Das Land profitiere auch von der Tilgungstreckung für diesen Fonds.

Die Nettoneuverschuldung werde auf unter 2,5 Milliarden Euro gesenkt, unter Einbeziehung der Landesbetriebe. Für Schuldzinsen am Kreditmarkt würden 2002 4,6 Milliarden Mark veranschlagt, eine Quote von 9,4 Prozent. Das sei zu hoch. Neben Ausgabenkürzungen trage ein effektiveres Schuldenmanagement zur Senkung der Zinsbelastung bei. Die erste internationale NRW-Anleihe sei im August um eine Milliarde auf drei Milliarden Euro aufgestockt worden. Im Oktober 2001 werde er eine zweite „Jumbo-Anleihe“ auf den asiatischen Märkten vorstellen.

6100 neue Lehrerstellen nach dem Stufenplan „Verlässliche Schule“ bedeuteten im Jahr 2002 Gesamtkosten von 84 Millionen

Euro. Für Betreuungsangebote werde der Haushaltsansatz um 50 Prozent gesteigert. Programme mit einem Volumen von 30 Millionen Euro seien gestrichen und weitere Programme um 158 Millionen Euro gekürzt worden. Mit einem Haushaltsbegleitgesetz werde in gesetzliche Leistungen eingegriffen, etwa beim Unterhaltsvorschuss der Krankenhausfinanzierung und bei den Mitteln aus der Regionalisierung im Öffentlichen Personennahverkehr. Mit gutem Willen und konstruktiver Mitwirkung der Opposition könnten Ausgaben gesenkt und der Landeshaushalt langfristig konsolidiert werden.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) sagte, der Gesetzentwurf für das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) zeige: „Das Land streckt sich nach der Decke, um seine Kommunen in finanziell schwieriger Zeit verlässlich zu unterstützen und mit ihren Problemen nicht allein zu lassen.“ Es sei ein besonderer Kraftakt, dass angesichts des Nullwachstums des Landeshaushalts die Gemeinden im kommenden Jahr wieder mit steigenden Zuweisungen rechnen können. Der für die Aufteilung auf allgemeine und zweckgebundene Zuweisungen tatsächlich zur Verfügung gestellte Verbundbetrag weise mit 3,4 Prozent eine hohe Steigerungsrate auf. Der Minister: „Damit können die Kommunen im nächsten Haushaltsjahr insgesamt mit rund 240 Millionen Euro mehr an Zuweisungen aus dem allgemeinen Steuerverbund rechnen als im Jahr 2001.“

Die Einnahmeentwicklung bei den Gemeinden sei ganz sicher kein Grund zum Jubeln, schränkte Behrens ein und sprach vor allem das Risiko bei den Steuereinnahmen an, die von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Zwar habe die Mehrzahl der Gemeinden ihre Konsolidierungsanstrengungen verstärkt, aber es erfülle mit Sorge, dass erstmals seit drei Jahren wieder ein Finanzierungsdefizit der Gesamthaushalte und erheblich höhere Fehlbeträge der kommunalen Verwaltungshaushalte sich abzeichneten. Handlungsspielräume könnten nur zurückgewonnen werden, „wenn auch das kommunale Leistungsangebot immer wieder neu auf den Prüfstand gestellt und



„Haushaltswirtschaftliche Probleme nicht künftigen Generationen aufbürden“ — Innenminister Dr. Fritz Behrens bei der Einbringung des Entwurfs zum Gemeindefinanzierungsgesetz
Foto: Schälte

die Art der Aufgabenerfüllung, Einsparmöglichkeiten, zum Beispiel durch verstärkte Kooperation über Stadt- und Gemeindegrenzen hinweg, durchleuchtet wird“.

Der Minister fuhr fort: „Nur eine Reduzierung von Ausgaben und eine Orientierung an dauerhaft zu erwartenden Einnahmen schaffen Chancen für Gestaltungsmöglichkeiten in der Zukunft.“ Die haushaltswirtschaftlichen Probleme der Vergangenheit müssten jetzt und in absehbarer Zeit gelöst werden — „sie dürfen nicht künftigen Generationen aufgebürdet werden“. Was man benötige, sei eine grundlegende Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, „für die ich mich entschieden einsetze“.

Wenn das Land den Gemeinden, etwa beim Unterhaltsvorschuss und bei der Krankenhausfinanzierung „bittere Pillen“ nicht ersparen könne, dann wolle es endlich Ernst machen mit der Zusage, die Kommunen bei den Vorgaben und Standards zu entlasten, die vom Land vorgegeben würden. Hier sollte „in einer ersten Runde“ zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden überlegt werden, wie man zu einer echten Hilfe für die Kommunen kommen könne.

Als einen weiteren Meilenstein in der GFG-Entwicklung „zu einem Gesetz, das Kommunen so weit wie möglich auch Entscheidungsfreiheit bei der Verwendung der ihnen zugewiesenen Mittel einräumt“, nannte Behrens den Umstand, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände erstmals pauschale Zuweisungen für die äußeren Schulangelegenheiten erhielten. Der Ansatz sei mit 460 Millionen Euro dotiert — beinahe eine Verdoppelung der bisherigen Ansätze. Die Mittel könnten auch für Sanierungsmaßnahmen und nicht nur für Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen eingesetzt werden. Am Rande vermerkt, sei das gleichzeitig ein Konjunkturprogramm für die Bauwirtschaft, merkte der Minister an und verschwieg nicht, dass die Steigerung der Schlüsselzuweisungen, die Höhe der Dotierung der Schulpauschale und die Anhe-

bung der Ansätze für zweckgebundene Zuweisungen nicht ohne Konsequenz für die Entwicklung der übrigen Zuweisungen im allgemeinen Steuerverbund blieben.

Für die Förderung investiver Maßnahmen stünden insgesamt knapp 205 Millionen Euro zur Verfügung: „Das ist ein Drittel weniger als im Vorjahr.“ Der Gesetzentwurf weise künftig nur noch zwei Investitionspauschalen aus. Die bisherige Investitionsförderung der Sozialhilfeträger werde unverändert beibehalten. Deutlich geringer sei der Ansatz für Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aufgrund besonderer Bedarfe. Insgesamt sei der Anteil allgemeiner Zuweisungen am verfügbaren Verbundbetrag gegenüber 2001 deutlich erhöht worden. Nur noch 8,2 Prozent aller Zuweisungen, rechnete der Innenminister vor, seien mit einer Zweckbindung versehen. Behrens: „Über die Verwendung von 91,8 Prozent der Zuweisungen entscheiden die Kommunen in eigener Verantwortlichkeit.“ Das gebe es so in keinem anderen Bundesland.

„Den Dialog zwischen Israel und Nordrhein-Westfalen vertiefen“



Der israelische Botschafter Shimon Stein (l.) im Gespräch mit Landtagspräsident Ulrich Schmidt.

Foto: Schälte

Den Dialog mit Nordrhein-Westfalen will Shimon Stein, Israels Botschafter in Deutschland, vertiefen. Das sagte er bei einem Treffen mit Landtagspräsident Ulrich Schmidt im Rahmen einer Sitzung der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe im Landtag NRW. Diese 1987 gegründete Gruppe besteht aus über 40 Abgeordneten aller Fraktionen.

Bei diesem Dialog seien zwischenmenschliche Beziehungen von großer Bedeutung, betonte Stein in Düsseldorf. Er regte weitere gemeinsame Treffen mit Landtagspräsident Schmidt, aber auch mit den Fraktionsvorständen an: Das könne in Düsseldorf, Berlin, aber genauso in den Wahlkreisen der Abgeordneten geschehen.

Shimon Stein begrüßte in seinem Gespräch mit der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe, dessen Vorsitzender Landtagspräsident Ulrich Schmidt ist, die Vermittlerrolle, die Deutschland in der derzeitigen Situation im Nahen Osten übernommen hat. Sein Wunsch sei vor allem eine differenzierte Betrachtung der derzei-

tigen Lage. „Obwohl ein Flug zwischen Europa und Israel nur dreieinhalb Stunden dauert, liegen Welten dazwischen“, betonte der Botschafter.

Landtagspräsident Ulrich Schmidt sprach sich für einen dauerhaften Frieden zwischen Israel und den Nachbarn aus: „Frieden gewinnt man, indem man seinem Nachbarn hilft, in Ruhe zu leben.“ Schmidt wünscht sich genauso wie Stein, dass die Konsequenzen, die die Europäer aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen haben, mit politischer Versöhnung und europäischer Integration, auch langfristig ein Modell für den Nahen Osten werden können. Gerade aus den Erfahrungen der Vergangenheit, mahnte Schmidt, dass „wir Deutsche eine Mitverantwortung für den Staat Israel haben“. Beide, Schmidt und Stein, wollen den Jugendaustausch zwischen Israel und Deutschland wieder beleben. Der Düsseldorfer Landtag hat seit vielen Jahren gute Kontakte mit Israel und Palästina. Die Deutsch-Palästinensische Parlamentariergruppe mit 30 Abgeordneten existiert seit September 1997.

Tierschutz in der Landesverfassung

„Natürliche Lebensgrundlagen und Tiere stehen unter dem Schutz des Landes“

Der Landtag verabschiedete in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, wonach Tierschutz in der Landesverfassung verankert wird. Gesetzentwürfe der Fraktionen der CDU, der FDP und (gemeinsam) von SPD und GRÜNEN lagen dazu vor, außerdem die Beschlussempfehlung und der Bericht des Hauptausschusses sowie eine Entschließung aller vier Fraktionen (Drs. 13/1336), worin der Bundestag aufgefordert wird, das Grundgesetz ebenfalls zu ändern.

Irmgard Schmid (SPD) freute sich über die Einigkeit aller Fraktionen vor dem Hintergrund, dass Tiere Teil der Schöpfung sind, die der Fürsorge und Achtung aller Menschen anvertraut seien. Aus der Leidensfähigkeit, vor allem von höher entwickelten Tieren, resultierten ethische Verhaltensforderungen. Wirksamer Tierschutz sei nur durchsetzbar bei verstärkter Vorsorge. Bisher habe sich die Schutzvorschrift nur auf Arterhaltung und Lebensräume bezogen, nicht auf die Tiere selbst. Für die SPD seien Tierschutz und Forschung kein Gegensatz. In Zweifelsfällen hätten menschliches Leben und Forschung zu dessen Bewahrung Vorrang. Ohne verantwortungsbewusste Tierversuche sei therapeutischer Fortschritt häufig nicht möglich. Zu hinterfragen seien Tierversuche für Kosmetik und Kunstthapenings mit Tieren. Die SPD hoffe auf deutliche Tierschutzfortschritte bei Schlachttiertransporten, bei Zertifizierung artgerechter Haltungssysteme für Nutztier und der verbindlichen Reduzierung vermeidbarer Tierversuche.

Artikel 7 Absatz 2 neu

„Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zur Verantwortung für Tiere und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.“

Eckhard Uhlenberg (CDU) sprach von einer Sternstunde des Parlaments, in der eine wichtige gemeinsame Initiative selbstbewusst nach außen getragen werde solle. Die Bewahrung der Schöpfung sei zentrales Anliegen der CDU. Seit 1985 sei der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in der NRW-Landesverfassung, seit 1994 im Grundgesetz verankert. Das Tierschutzgesetz des Bundes ziele auf das Tier als Mitgeschöpf und dessen Wohlbefinden. Niemand dürfe einem Tier ohne Grund Schmerzen oder Schäden zufügen. Alle Fraktionen hätten sich auf eine „schlanke“ Ergänzung der Verfassung geeinigt. Tierschutz als Erziehungsziel sei gerade auch der CDU wichtig, da bewusstes Verhalten über Tierschutz entscheide. Alle sollten im Alltag Tiere schützen. Von NRW gehe ein Signal aus.

Dr. Stefan Romberg (FDP) knüpfte an die Bibel an, wo Gott die Tiere unter die Herrschaft, aber auch die Obhut der Menschen stelle. Wir dürften uns der Tiere zur Ernährung und Bekleidung bedienen, sie aber nicht grundlos leiden lassen. Dennoch transportierten wir sie eng gepfercht durch ganz Europa, sperrten sie ein, überzüchteten sie. Der Missbrauch von Tierarzneimitteln habe Dimensionen des Rauschgifthandels angenommen und sei schleunigst zu beseitigen. Trotz Warnungen durch Juristen und Arzneimittelproduzenten (wegen Verlagerung ins Ausland) solle sich der Landtag nicht hindern lassen. Als Staatsziel habe Tierschutz nur Appelcharakter. Gesetzge-

bung auf Bundes- und europäischer Ebene müssten folgen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Tierschutz habe sehr hohe Akzeptanz. Die Liste der Grausamkeiten an Tieren sei lang, und Medienberichte über Misshandlungen seien allen bekannt. Bei BSE und MKS seien die Probleme von Massentötungen öffentlich geworden. In NRW würden zurzeit rund 300 000 Wirbeltiere pro Jahr als Versuchstiere verbraucht. Dagegen und gegen bundesweit 30 Millionen Hennen in Legebatterien müsse etwas getan werden.

Gute Lösung

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) hielt die Verfassungsänderung für eine gute Lösung, deren Zustandekommen er mit großem Interesse verfolgt habe. Den Zielkonflikten zwischen ökonomischen Notwendigkeiten, der Daseinsvorsorge und der Forschungsfreiheit einerseits sowie der Verantwortung vor der Schöpfung könne man nicht ausweichen. Mit dem Staatsziel Tierschutz setze NRW aber ein Zeichen im Normengeflecht zwischen EU, dem Bund und den Ländern. Mit den beiden Änderungen werde Tierschutz nicht überhöht, sondern stets mit legitimen anderen Belangen abzuwägen sein.

Artikel 29a neu

„Die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere stehen unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände.“

Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) lobte ebenfalls die gemeinsame Entscheidung der Landtagsfraktionen für das Staatsziel und für Tierschutz als Erziehungsziel. Sie werde die Verfassungsänderung umsetzen bei landesrechtlichen Regelungen. Der Prozess des Landes NRW gegen die Hennenhaltungsverordnung sei schwierig gewesen, weil Tierschutz noch nicht im Grundgesetz verankert sei.

Staatsziel

„Tiere sind Teil der Schöpfung, deren Achtung und Bewahrung allen Menschen aufgegeben ist.“

Tierschutz gehört zu einer humanen Gesellschaft und ist fester Bestandteil unserer Rechtsordnung. Das Tierschutzgesetz hat den ausdrücklichen Zweck, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.

Der Schutz der Tiere ist in der Rechtsordnung zu stärken. Aus der Leidens- und Empfindungsfähigkeit, insbesondere von höher entwickelten Tieren, resultieren ethische Mindestanforderungen für das menschliche Verhalten. Um die Bedeutung des Tierschutzes sichtbar zu machen, ist er als Staatsziel in der Verfassung zu verankern.“

(Antrag des Landwirtschaftsausschusses an den — federführenden — Hauptausschuss)



„Tiere unter der Obhut des Menschen“ war laut Bibel auch das Ziel, als vor einer Sintflut Tiere paarweise auf die Arche Noah geführt wurden, um sie zu retten.

Fraktionen einigen sich auf gemeinsames Konzept/Zuwanderung wird als Chance gesehen

NRW übernimmt Führungsrolle bei Integration

Vor der Sommerpause hat der Landtag ein Zeichen für NRW und darüber hinaus gesetzt und den von allen vier Fraktionen getragenen Antrag „Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 13/1345) verabschiedet. Damit hat NRW als erstes Bundesland ein 18 Handlungsfelder umfassendes Konzept vorgelegt, „das — so die Einleitung — ausgewogen den Weg für eine dauerhafte und erfolgreiche Integration ebnet“.



Bei ihm hat die Integration offenbar geklappt: Selman Ciman, Gemüse- und Feinkosthändler in Solingen. Seine Daten mit migrationspolitischem Hintergrund: türkischer Abstammung, 1996 nach Deutschland gekommen, politisches Asyl beantragt und erhalten, Sprachkurs in Köln absolviert, seit gut zwei Jahren Inhaber eines gut laufenden Familienbetriebs. Foto: Schälte



Vera Dedanwala (SPD) wertete dies als „guten und in die Zukunft weisenden Tag für unser Parlament“ — aber auch für die zwei Millionen Migrantinnen und Migranten in NRW. Das vorgelegte Konzept sei so umfassend wie in keinem anderen Bundesland; für ganz Deutschland werde ein Zeichen gesetzt. Nach den jahrelangen kontroversen Diskussionen zuvor sei „plötzlich und unerwartet“ ein „Fundamentalkonsens“ entstanden, der für jede erfolgreiche Migrationspolitik unumgänglich sei. Man habe nicht länger Zeit damit vertan, ideologische Schützengräben höher aufzuschütten, sondern alle Fraktionen hätten einander zugehört und die jeweiligen Positionen auf und ernst genommen. Künftig könnten sich sowohl Zugewanderte als auch die aufnehmende Gesellschaft auf gleicher Augenhöhe begegnen; es werde ein Bürgerbegriff entwickelt, „der nicht nur die jeweiligen Staatsangehörigkeiten, sondern auch die dauerhaft in unserem Land lebenden Menschen einschließt“. Zur Finanzierung müsse nicht neues Geld in die Hand genommen werden, weil die Mittel gebündelt würden, die derzeit in Land und Gemeinden für die Migrantinnen und Migranten eingesetzt werden.

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, urteilte: „Was wir heute machen, ist ein wichtiges politisches Signal, das über unser Land hinausgeht.“ Seine Fraktion habe sehr lange und sehr intensiv an dem Thema gearbeitet, der vorliegende Antrag sei unglaublich wichtig; zumal er der Beweis dafür sei, „dass es auch gelingen kann, dieses nicht einfache Thema aus dem Wahlkampf im kommenden Jahr herauszuhalten“. Alle hätten verstanden, dass NRW vor neuen großen Integrationsherausforderungen stehe; das Land sei attraktiv für viele Menschen aus anderen Ländern und Kulturen. Die seien auch willkommen, „aber, schränkte der Fraktionsvorsitzende ein, wir können keine ungesteuerte

Zuwanderung verantworten“. Integrationswille und Integrationskraft des Landes dürften nicht überstrapaziert werden. Integration bedürfe der Bereitschaft unserer Gesellschaft, Integration zuzulassen, „aber auch die Bereitschaft derjenigen, die zu uns kommen, sich zu integrieren“. Eine verantwortungsvolle Integrationspolitik richte sich nach zwei Grundsätzen: So gelinge nur, wenn Integration nur, „wenn Parallelgesellschaften vermieden werden“. Der andere Grundsatz sei, dass nur die Integration der Maßstab für die Steuerung oder Begrenzung der Zuwanderung sein könne.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) sagte: „Das vorliegende Papier macht deutlich, dass unser Land — auch in Zukunft — auf Zuwanderung angewiesen ist und dass eine erfolgreiche Integration wie der Bau einer Brücke funktioniert, bei der von beiden Seiten aus die Brückenteile so weit vorangetrieben werden, bis sie in der Mitte zu einem tragfähigen Ganzen verschmelzen.“ Integration brauche nicht nur die Grundvoraussetzung einer gemeinsamen Sprache, sie brauche auch gleiche Chancen für alle hier lebenden Menschen, vor allem in Bildung, Ausbildung und Beruf. Chancengleichheit müsse aber auch im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, vor allem bei der Gesundheitsversorgung, hergestellt werden.

Sylvia Löhrmann, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, formulierte die beiden Botschaften des gemeinsamen Antrags so: „Ja, wir wollen integrieren. Ja, wir sehen Zuwanderung als Chance.“ NRW sei schon früher ein Einwanderungsland gewesen und habe dabei immer eine Vorreiterrolle übernommen. Sie erinnerte daran, dass NRW mit der Einrichtung des Migrationsausschusses ein Zeichen gesetzt habe. Löhrmann: „Wer Einwanderung bejaht, muss Integrationspolitik gestalten. Wer Integration fordert, muss sie fördern. Hier gibt es viele Defizite.“ Im Übrigen sei es ein

wichtiger Fortschritt, dass bei diesem Integrationskonzept die Notwendigkeit von Angeboten und Anreizen im Vordergrund stehe „und nicht von Zwang und Zwangsmaßnahmen die Rede ist“.

Sozialminister Harald Schartau (SPD) nannte einen anderen Aspekt: „Der unterschiedliche Wille, für eine geregelte und gelingende Integration der Zugewanderten einzutreten, die erkennbare Philosophie, jeden Zugewanderten in die Mitte der Gesellschaft zu holen, die ernste Absicht, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft gegenüber Zugewanderten demokratisch zu gestalten — das sind die besten Voraussetzungen, um den Ausgrenzungsversuchen von Rassistin und Rechtsextremen zu begegnen.“ Zur arbeitsmarktpolitischen Facette meinte er, die Landesregierung konzentriere ihre Handlungsmöglichkeiten darauf, Integration durch Qualifizierung und verbesserte Teilhabe zu fördern. Die integrationspolitische Infrastruktur im Lande habe einen hohen qualitativen Standard, betonte der Minister.

Willi Zylajew (CDU) stellte fest: „Die Arbeit beginnt nun erst.“ Was in der Vergangenheit vielleicht versäumt worden sei, müsse zügig und Hand in Hand angepackt werden. Aus den vorhandenen Ressourcen müsse mehr erreicht werden; Widerstände von Bedenkenträgern seien zu erwarten und zu überwinden.

Jamal Karli (GRÜNE) machte deutlich, mit dem Antrag werde den Migranten zum ersten Mal der Anspruch auf Integrationsförderung zugestanden. Sie sollten integriert, aber nicht assimiliert werden. Zuwanderung sei kein Problem, sondern ein Vorteil und biete Chancen. Bei aller Freude sei aber festzuhalten, dass die CDU nicht dazu habe gebracht werden können, „dass auch sie für das kommunale Wahlrecht für Ausländer stimmen würde“.

Druck und Zivilcourage gegen Rechts

Der Landtag debattierte über eine Große Anfrage der GRÜNE-Fraktion und die Antwort der Landesregierung (Drs. 13/1199 und /1288) zum Thema Rechtsextremismus.

Monika Düker (GRÜNE): Die GRÜNEN wollten nicht wegsehen, sondern hinschauen. Der Landesregierung sei für sehr genaue Bearbeitung der Großen Anfrage zu danken. Nur noch 80 000 Asylbewerber statt wie vor dem Asylkompromiss 1993 hätten dem Rechtsextremismus nicht das Wasser abgraben können. Die wachsende Fremdenfeindlichkeit sei eine aggressive Antwort auf fehlende Konzepte in der Migrationspolitik. Zunahme gebe es bei Neonazis, Skinheads und bei der NPD. Mehr als die Hälfte der 5 470 Neonazis sei unter 25 Jahre jung. Die Szene sei gewaltbereit. Mit Gewaltprävention müsse früh angesetzt werden. Starke Kinder brauchten keine Führer. Die Abgeordnete plädierte für ein Ausstiegnetzwerk durch Polizei, Jugendhilfe und Schule. Das Internet dürfe kein rechtsfreier Raum sein. Heimseiten aus dem rechtsextremen Spektrum hätten sich vervielfacht.

5 470 Neonazis in NRW

Jürgen Jentsch (SPD): Gerade wir Deutschen müssten aufpassen, dass wiederkehrende Hetze keine Nachahmer finde. Gegen Stammtischgerede von starken Männern müssten wir Zeichen setzen. Wo die Frage nach dem Wa-

dürften nicht nachlassen und das geltende Recht reiche gegen konsequente Strafverfolgung aus. Warum Verfahren nicht beschleunigt würden, monierte er und berichtete von vielen hundert Fällen, die auf Eis lägen. Ein Aussteigerprogramm mit Hausbesuchen durch die Polizei sei richtig. Die Rechtsradikalen erreiche man aber nicht nur durch Prävention. Jetzt endlich werde die Verlängerung des Platzverweises in Angriff genommen. Die CDU unterstütze alle solche Bemühungen.

Aussteigerprogramm mit Hausbesuchen

Horst Engel (FDP) nannte 15 000 im Jahr 2000 registrierte rechtsextreme und fremdenfeindliche Straftaten. Bittere Zahlen. Alarmierend sei der Anstieg bei Ge-

hätten. Rassismus, Antisemitismus und Gewalt gegen Andersdenkende dürften keine Chance haben. 18- bis 25-jährig seien elf Prozent der Gesamtbevölkerung, aber 30 Prozent in der rechten Szene, bei Neonazis 50 bis 60, bei Skinheads 75 Prozent. Sie hätten jedoch keine Massenbasis. Internet-Seiten mit strafbarem Inhalt würden leider von ausländischen Providern eingestellt. Die strafrechtliche Verfolgung sei sehr aufwendig, aber nicht aussichtslos. Der Minister begrüßte in dem Zusammenhang das von allen Fraktionen getragene Integrationskonzept für die Zuwanderung und kündigte eine gemeinsame Tagung von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz für einen ganzheitlichen Bekämpfungsansatz gegen Rechts an. Die Polizei habe Beobachtung und Druck auf die Szene deutlich erhöht und mehr als tausend Hausbesuche durchgeführt. Im Landesprogramm Öffnung von Schule habe es 900 Projekte zum Themenkomplex gegeben. Vom „Aufstand der Anständigen“ sei er begeistert. Ein NRW-Aussteigerprogramm sei interministeriell in Arbeit. Städte und Gemeinden erhielten pauschal eine Mark pro Einwohner, die Kreise 100 000 Mark für Maßnahmen gegen Rechts. Ein Verbot der NPD als der aggressivsten Partei werde angestrebt.

Ganzheitlich bekämpfen

Theodor Kruse (CDU): Die Ereignisse von Düsseldorf und Sebnitz seien auch durch Medien vorbereitet worden. Diese dürften sich nicht zum Werkzeug missbrauchen lassen. Die



Nur stark, wenn wir sie lassen.

Mit der Aktion „Courage“ warb die Landeshauptstadt Düsseldorf für „Handeln statt Weggucken“ bei rechtsextremistischen Aktivitäten.



rum und die Probleme angesprochen worden seien, habe es spontanen Einsatz gegen Fremdenfeindlichkeit gegeben. Jentsch stellte die Meinungsfreiheit in Frage, wenn mit rechtlicher Genehmigung offen gegen Menschenrechte demonstriert werden dürfe. Die wehrhafte Demokratie müsse öffentlich gegen Verfassungsfeinde demonstrieren. Bei den Rechtsextremen gehe es um Menschen, die sich nicht von öffentlichen Einrichtungen angesprochen fühlten, weil sie deren Sprache nicht verstünden. Auch die rechte Musikszene ziehe Zuhörer mit gewaltverherrlichenden Inhalten an. Sorge mache ihm auch der Erfolg bei der Kommunalwahl. Wenn die gewählten rechtsextremen Vertreter von etablierten Fraktionen als Mehrheitsbeschaffer benutzt würden, sei die Grenze des Zumutbaren erreicht.

Klaus-Dieter Stallmann (CDU) stimmte der Landesregierung zu, die Anstrengungen beim Kampf gegen Rechtsextremismus

walttaten auf plus 40 Prozent. Der Zentralrat der Juden reagiere bestürzt. In NRW seien seit 1991 1 185 Menschen Opfer solcher Gewalttaten geworden, sieben seien ums Leben gekommen. Diese Schandtaten erfüllten uns noch heute mit Betroffenheit. Bedenklich seien auch ausländerfeindliche Ansichten bei Jugendlichen. Die FDP habe Parolen trügerischer Gemeinschaftsgefühle und einfache Erklärungsmuster schon im Wahlkampf angeprangert. Was treibt diese Gesellschaft auseinander, fragte Engel, in der die Furcht vor Abstieg die Menschen in Atem halte. Wer in der Familie lerne, dass Gewalt effektiv sei, erinnere das beim Älterwerden. Die Bürgergesellschaft müsse Menschen stärken, die Zivilcourage zeigten.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD): Die Antwort der Landesregierung sei mit 271 Seiten besonders umfangreich, da alle Ressorts zur Bestandsaufnahme beigetragen

Kraft symbolischer Gesten schwinde. Wenn ständig Zeichen gesetzt würden, verliere sich deren Bedeutung. Politischer Taktismus sei in Mode. Kruse erinnerte bei der Sorge um Einstellungen von Jugendlichen daran, dass alle CDU-Anträge zur Werteerziehung abgelehnt worden seien. Nur die Hälfte der Politikunterrichts werde von fachlich versierten Lehrkräften erteilt. Die deutsche Demokratie sei gefestigt, aber das Land sei unfähig, moralische Werte zu vermitteln.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) berichtete von Nachtübungen von Schülern in der Eifel im Jahr 1988 mit Aussagen, Gewalt bringe in der Gruppe Ansehen und Erfolg. Zwischen Einsichten im Kopf und Einstellungen im Bauch gebe es einen großen Unterschied. Gegen den verbliebenen Mythos von Ordnung und Zucht unter Hitler sei anzukämpfen. Schule müsse auch hier wieder erhalten, um Werte zu vermitteln.

Daseinsvorsorge im EU-Binnenmarkt

Gabriele Sikora (SPD) erläuterte, der europäische Binnenmarkt sei laut Handelsbilanzen ein Erfolgsprojekt und werde immer stärker. Ökonomische Effizienz dürfe aber die soziale Stabilität nicht aushöhlen. Daseinsvorsorge sei für die EU-Kommission ein Unterfall von Wettbewerb, ihre Regelung die Ausnahme. Gemeinwohlorientierte Leistungen bedürften noch der Anerkennung als wichtige Aufgabe. Es müsse verhindert werden, dass die Kommission mit der Beihilfenkontrolle in die Entscheidungen der Mitgliedstaaten eingreife.

Edith Müller (GRÜNE), Vizepräsidentin, fuhr fort, für alle müssten dieselben Regeln gelten. Deutschland habe das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen, Frankreich die staatliche Energieversorgung. Auch kommunale Unternehmen müssten sich dem Wettbewerb stellen, weil nur sie umwelt- und sozialgerechte Standards durchsetzen könnten. Rosinenpickerei, etwa beim öffentlichen Personennahverkehr, sei zu verhindern. Auch die Wasserversorgung müsse durch Behörden geschützt bleiben.

Christian Weisbrich (CDU) stimmte zu, die Daseinsvorsorge brauche mehr Rechtssicherheit im Wettbewerb. Der Wirtschaftsausschuss müsse mitberaten, da Gemeinwirtschaft berührt sei. Die EU solle nicht alles regeln, sondern die Gestaltung den Mitgliedstaaten überlassen und sich auf Missbrauchskontrolle beschränken. Eindeutige Kriterien seien nötig, wie nichtwirtschaftliche Leistungen von gewinnträchtigen zu trennen seien.

Dietmar Brockes (FDP) meinte, gerade der Wettbewerb bringe Leistungen am wirksamsten und kostengünstigsten hervor, auch in Bereichen, in denen der Staat einst die Versorgung sichern musste. Das zeige

Die Versorgung der Bevölkerung mit Strom und Wasser, die Beseitigung von Müll und Abwasser, öffentliche Verkehrsmittel und öffentlich-rechtliche Medien und Sparkassen, die Betreuung Hilfsbedürftiger, all das sind Aufgaben, die nach Meinung der Mehrheit im NRW-Parlament nicht völlig dem Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt überlassen werden können. Der Landtag überwies den SPD-/GRÜNE-Antrag „Gemeinwohlorientierte Leistungen als Teil des europäischen Gesellschaftsmodells“ (Drs. 13/1223) nach der Aussprache an den Europaausschuss (federführend) und die Ausschüsse für Kommunalpolitik, Wirtschaft und Haushalt/Finanzen zur Mitberatung. Foto: Flaggen der Mitgliedstaaten vor dem Sitz der EU-Kommission in Brüssel.



der Telekommunikationsmarkt. Die FDP fordere Vorrang für private vor öffentlichen Unternehmen. Die Marktwirtschaft entspreche der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. NRW profitiere von freien Märkten. Vergabegesetz und Flächentarifzwang lehne die FDP ab.

Europaministerin Hannelore Kraft (SPD) sagte, die Liberalisierung wollten grundsätzlich alle, es gehe jetzt um die Ausgestaltung der Überführung einst geschützter Märkte. Sorge bereite das Eingreifen der Kommission mit Beihilfeverfahren wie bei den Sparkassen. Die Kommission tue sich schwer mit generellen Regelungen zur Da-

seinsvorsorge. Auf Drängen der Bundesregierung gebe es jetzt die „Mitteilung“. Nun müsse genau definiert werden, welche Tätigkeiten nicht wirtschaftlich und gewinnorientiert seien. Die Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge müssten Rechtssicherheit haben.

Werner Jostmeier (CDU) stimmte den Koalitionsrednerinnen zu und sprach sich für Spielräume zugunsten der Kommunen aus. Einige Leistungsbereiche der Daseinsvorsorge seien mit der Marktwirtschaft allein nicht zu regeln. In einer gemeinsamen Landtagsposition sollten auch Wünsche der CDU enthalten sein.

Opposition will private Vorfinanzierung für Ortsumgehungen und Radwege

Bernhard Schemmer (CDU) begründete den Antrag mit dem Rückgang des Ausbaus von Landesstraßen seit 1995 von 60 auf 26 Millionen Mark in diesem Jahr. Für Radwegebau seien nur noch zehn Millionen vorgesehen. Es gehe um ein Drittel des Verkehrshaushalts. Stünden die 310 Millionen Mark Mehrkosten durch den Landesbetrieb zur Verfügung, könnten die Investitionen verdoppelt werden. Die Landesmittel seien eine nicht mehr akzeptable Restgröße und eigentlich eine Bankrotterklärung. Weitere Einschnitte beim Straßen- und Radwegebau, wie vom SPD-Fraktionsvorsitzenden angekündigt, seien ein Offenbarungseid. Statt Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft solle der notwendige Straßen- und Radwegebau finanziert werden. Die GRÜNEN profilieren sich als Radfahrerpartei. Im Münsterland finde aber Straßen- und Radwegebau kaum noch statt. Deshalb fordere die CDU innovative Modelle und private Vorfinanzierung. Durch Ortsumgehungen müssten Anwohner von Lärm und Luftverschmutzung entlastet werden. Insgesamt sollten Maßnahmen mit 500 Millionen Mark vorfinanziert werden.

In die Ausschussberatung überwies der Landtag den CDU-Antrag „Innovative Finanzierungsmodelle für den Landesstraßenbau nutzen – Investitionsstau bei Ortsumgehungen und Radwegen abbauen“ (Drs. 13/1233).

Heinz Wirtz (SPD) sagte, Vorfinanzierung sei richtig, heiße aber auch Rückzahlung aus Steuergeldern. Das hessische Kommunallinteressenmodell werde so gut wie nicht in Anspruch genommen. In die Zukunft zu finanzieren, bedeute auch, die Zukunft zu belasten. Wie viel Gestaltungsspielraum zukünftigen Generationen übrig bleibe, müsse insgesamt gesehen werden. Auch die Behandlung finanzstarker und finanzschwacher Kommunen müsse geprüft werden.

Christof Rasche (FDP) sah akute Verkehrsgefährdung wegen nicht durchgeführter dringender Maßnahmen. Die hochgejubelte Verkehrsinfrastruktur in NRW werde von Wirtschaft und Mittelstand vernichtend beurteilt, ebenso von vielen Bürgern. Um dem Investitionsstau entgegenzutreten, seien mehr Haushaltsmittel

und innovative Finanzierungen nötig. Die private Vorfinanzierung sei eine FDP-Idee vom Vorjahr. Die FDP unterstütze den CDU-Antrag.

Peter Eichenseher (GRÜNE) hielt es für ignorant, unter verschärften Haushaltsbedingungen einen solchen Antrag zu stellen. Die Zinslast enge den Spielraum der nächsten Politikergeneration massiv ein. Private Vorfinanzierung sei teurer Ratenkauf. Engpässe seien vorhanden, aber nicht durch Schulden zu beheben. Der Bund habe sich schon unter CDU/CSU aus dem Modell verabschiedet. Auch verschärfe sich das Problem, wenn neu gebaut werde und für Straßenunterhaltung zu wenig Geld vorhanden sei.

Verkehrsminister Ernst Schwanhold (SPD) sagte, wenn das hessische Modell innovativ sein solle, dann habe die CDU es nicht verstanden. Es handle sich um eine kommunale, also öffentliche Vorfinanzierung aus Steuereinnahmen und werfe ernsthafte Fragen auf. Jeder, der schnelle Maßnahmen fordere, solle einen anständigen Eigenbeitrag aufbringen.

Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften

In NRW Eintrag im Standesamt

Der Landtag überwies den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (Drs. 13/1284) nach der ersten Lesung am 20. Juni in die Ausschussberatung.



Beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf wird eine Lebenspartnerschaft zweier Männer begründet. Nach der Verabschiedung des Landesgesetzes im Herbst soll das im Standesamt geschehen.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) erläuterte, das vom Bundestag im Februar beschlossene Lebenspartnerschaftsgesetz beende die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften und schaffe als neues familienrechtliches Institut die eingetragene Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare, die einen gesicherten Rechtsrahmen für ihr auf Dauer angelegtes Zusammenleben wünschten. Das Bundesgesetz liege auf der Linie der Politik der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen. Trotz des Vermittlungsverfahrens auf Bundesebene seien die Länder an eigenen Ausführungsgesetzen nicht gehindert. In NRW sollten die Partnerschaften vor Standesbeamten begründet und in ein Buch eingetragen sowie den Partnern eine Urkunde ausgestellt werden.

Bernhard von Grünberg (SPD) bedauerte, dass die CDU auf Bundesebene ihre eingeschränkte Grundrechtsinterpretation zeige und gegen das Lebenspartnerschaftsge-

setz gestimmt habe. Dieses werde aber Bestand haben, da selbst das Bundesverfassungsgericht auf Behinderung homosexueller Paare und Grundrechtsverstöße hingewiesen habe. Der Lesben- und Schwulenverband NRW habe das NRW-Gesetz bereits als bestes Landesgesetz begrüßt. Die Partner erhielten auch das Recht der Namenswahl wie Eheleute, ein gesetzliches Erbrecht, das „kleine Sorgerecht“ und Sozialleistungen für Kinder. Es stelle Verwandtschaftsverhältnisse her. Bei Kranken- und Pflegeversicherung gebe es die Mitversicherung des Partners. Das Gesetz regle auch Pflichten wie die Prüfung der Bedürftigkeit bei Sozialhilfe und Wohngeld. Bei Entlastungen der öffentlichen Haushalte würden sich die Waage halten. Der Staat akzeptiere Lesben und Schwule endlich als vollwertige Bürgerinnen und Bürger und beende die Verfolgung und Unterdrückung.

Peter Biesenbach (CDU) hielt die Ablehnung der Gleichstellung mit der Ehe durch CDU/CSU auf Bundesebene für richtig. Es gebe dafür weder logische Gründe noch sei sie angemessen. Es gebe berechnete Forderungen, die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften zu beenden. Die CDU schreibe niemandem vor, wie er zu leben habe. Menschen hätten unterschiedliche Begabungen, Anschauungen, Bedürfnisse. Aber der Maßstab sei das Grundgesetz, das Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stelle, um Kindern Fürsorge, Vertrauen und Verlässlichkeit zu gewähren. Auch heute sei die Familie mit Kindern die natürliche Erfüllung der Ehe. Ungleiches sei nicht gleich. Rechte und Ansprüche aus dem Schutz der Ehe und Familie seien nicht notwendigerweise auf gleichgeschlechtliche Partnerschaften zu übertragen. Es sei nicht erkennbar, warum bei Unterhalt und Sozialversicherung die Solidargemeinschaft eintreten solle. Falls einer der Partner der besonderen Fürsorge bedürfe, seien jedoch die Rechte auf Zeugnisverweigerung, Auskunft und Besuch im Krankenhaus und bei Mietverhält-

nissen abzusichern. Die standesamtliche Neuordnung stoße wegen der Verwechslung mit der Ehe auf heftigen Widerspruch.

Karl Peter Brendel (FDP) verteidigte das Anliegen, gleichgeschlechtliche Partnerschaften abzusichern und Benachteiligungen zu beseitigen. Die FDP habe auf Bundesebene eine Lösung auf der Basis von notariell beglaubigten Vereinbarungen beantragt, die keine Mehrheit gefunden habe, ein Verfahren ähnlich wie beim Testament. Rot-Grün vertrete ein Modell, das sich sehr an die Ehe anlehne und (zu) vieles regle. Es sei ein Vollkaskomodell. Das entspreche nicht liberaler Vorstellung. Eigenverantwortliche Regelungen wären besser. Trotz dieser Vorbehalte und unter Einbezug der vom Verfassungsgericht erwarteten Entscheidung sei der Gesetzentwurf zustimmungsfähig.

Marianne Hürten (GRÜNE) berichtete, beim zehnjährigen Jubiläum des Schwulennetzwerks NRW sei der Gesetzentwurf als Geburtstagsgeschenk gefeiert worden. Auch wenn nicht alle dem Aufruf „Traut euch!“ folgen wollten, bekämen sie doch das Recht, ihre Partnerschaft vor dem Gesetz anerkannt zu bekommen. Bisher seien gleichgeschlechtliche Lebenspartner wie Fremde behandelt worden, etwa bei Krankheit, Pflege oder Tod. Mit dem unhaltbaren Zustand sei nun Schluss, ein historischer Durchbruch. Lesben und Schwule bekämen jetzt ihr Recht. Besonders die Großstädte sollten sich auf einen Ansturm vorbereiten. In anderen Ländern habe die Ehe durch die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften nicht gelitten. Die CDU solle sich einen Ruck geben und das akzeptieren.

Änderungsvorschläge

Das Innenministerium übersandte dem Landtag nach der Plenarsitzung Änderungsvorschläge zum Lebenspartnerschaftsgesetz (Vorlage 13/815) aus schriftlichen Stellungnahmen von Verbänden.

Die Standesbeamten-Fachverbände wollen die Zuständigkeit bei getrennten Wohnsitzen, das Einsichtsrecht früherer Partner und ihre Unterschrift unter Einträgen im Lebenspartnerschaftsbuch genauer regeln.

Die Spitzenverbände monieren die kurze Frist und behalten sich eine Stellungnahme für das weitere Gesetzgebungsverfahren vor. Der NRW-Städtetag weist auf Probleme hin, wenn der gleichgeschlechtliche Partner in einem anderen Bundesland wohnt. Auch wird vorgeschlagen, den Vermögensausgleich notariell zu erklären und eine namensrechtliche Erklärung abzugeben. Der NRW-Städte- und Gemeindebund bemerkt, der Vollzugsaufwand hänge von der Zahl der künftigen Lebenspartnerschaften ab und sei daher noch nicht zu gewichten. Der Schwulen- und Lesbenverband NRW begrüßt Regelungen wie: „Die Begründung der Lebenspartnerschaft soll in einer der Bedeutung der Lebenspartnerschaft entsprechenden würdigen Form vorgenommen werden.“ Der Verband empfiehlt der Landesregierung als zweiten Schritt, alle Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, die an die Ehe anknüpfen, zu überprüfen.

Jüdische Zuwanderung

Mehr Mittel für Integrationsleistung der Gemeinden

In zweiter Lesung hat der Landtag einstimmig das Gesetz zum Vertrag zwischen dem Land NRW und den jüdischen Kultusgemeinden (Drs. 13/1201) angenommen, mit dem der Beitrag für die jüdischen Gemeinden im laufenden Jahr auf sechs Millionen und in den kommenden Jahren bis auf zehn Millionen (2003) erhöht wird. Damit soll dem erweiterten Aufgabenbereich der Gemeinden Rechnung getragen werden. **Dorothee Danner (SPD)** nannte dabei vor allem die Bewältigung der wachsenden Zuwanderung aus den GUS-Staaten. **Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU)** erinnerte an die historische Verpflichtung Deutschlands und an das Interesse, „dass jüdisches Leben in Deutschland und damit in Nordrhein-Westfalen wieder aufblüht“. Das sei eine Selbstverständlichkeit. Für **Marianne Thomann-Stahl (FDP)** war klar, dass das Land die mit der Integration der Zuwanderer verbundene Arbeit anerkennen und sich an der Finanzierung beteiligen müsse. **Sylvia Löhrmann (GRÜNE)** drückte ihre Freude darüber aus, dass die jüdischen Gemeinden im Lande wachsen „und Menschen jüdischen Glaubens trotz bestimmter gesellschaftlicher Entwicklungen gerne in unserem Land leben“. Ministerpräsident **Wolfgang Clement (SPD)** war dankbar darüber, dass das Thema von den im Landtag vertretenen Parteien einvernehmlich bewertet wird.

Wir brauchen eine Politik, die von den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien ausgeht, forderte die CDU in ihrem Antrag zur flächendeckenden Einführung von Ganztagschulen und zur Weiterentwicklung der Kinderbetreuungsangebote (Drs. 13/1310). Das Plenum hat den Antrag zur abschließenden Beratung und Abstimmung an den Schulausschuss (federführend) überwiesen.

CDU will größeres Angebot an Ganztagsbetreuung

geboten gebe: Da würden viele Eltern in eine Schulform gezwungen, von der sie nicht überzeugt seien. Was die Finanzierung angehe, so habe die FDP nichts gegen die Beteiligung gut verdienender Eltern, die Kommunen allein wären aber nicht in der Lage, die Kosten aufzubringen. Da sei das Land aufgefordert, sich dauerhaft zu engagieren.

Ute Koczy (GRÜNE) analysierte die Lage so: „Unser Betreuungssystem hinkt doch deshalb, weil es erstens aus familienideologischen Gründen viel zu lange vernachlässigt wurde, zweitens nur für bestimmte Altersgruppen einen Rechtsanspruch definiert hat, drittens der Bedarf gewaltig im Steigen begriffen ist und viertens ein Überschuss an bürokratischer Energie die Zusammenarbeit zum Beispiel zwischen Jugendhilfe und Schule korrumpiert.“ Nötig sei eine „Tagesbetreuung Hand in Hand“, das fordere ihre Fraktion.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) erinnerte an die Grundsatzentscheidung der Landesregierung, die vorhandenen Ressourcen zu bündeln und auszuweiten, zwischen Land und Kommunen zu kooperieren und die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Partnern zu organisieren: „So erreichen wir in der Fläche mehr als all das, was Sie selbst (die CDU-Fraktion) nur versprechen können.“

Regina van Dinther (CDU) verlangte ein gleichmäßig gutes Angebot für Kinder mit einem hohen Betreuungsbedarf und forderte dafür mehr Flexibilität bei den gesetzlichen Grundlagen. Über alle Fraktionen soll-

te ein „Zukunftsprogramm für Kinder in Nordrhein-Westfalen“ entwickelt werden.

Ute Schäfer (SPD) fand im Antrag Selbstverständlichkeiten und Widersprüchlichkeiten in der Argumentation. Zudem vermisse sie Angaben zur finanziellen Realisierung der Forderungen der Union. NRW habe den höchsten Stand an Ganztagschulen.

Christian Lindner (FDP) sah beim Ganztagsangebot in NRW einen erheblichen Aufholbedarf gegeben, wenn man es mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ernst meine. Die Kommunen müssten aber auch finanziell in die Lage versetzt werden, die auf sie zukommenden Lasten zu schultern.

Sylvia Löhrmann, GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende, regte an, angesichts des erreichten hohen Stands der Angebote im Lande und ihrer Vielfalt vor weiteren Ausbauschritten das Vorhandene unter quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten zu überprüfen. Dazu gehöre auch eine Finanzplanung, alles andere wäre keine seriöse Politik.

Familienministerin Birgit Fischer (SPD) erkannte keine Möglichkeit, die von der CDU geforderte Aufnahme der Tagespflege in das Kindergartengesetz vorzunehmen. Anstelle der schrittweisen Entwicklung der Kindergärten zu Familienzentren, wie sie die CDU vorschlägt, favorisiere sie vor, den Kindergarten zum „Kinderhaus“ weiterzuentwickeln.

Maria-Theresia Kastner (CDU) räumte ein, der vorgelegte Antrag sei ehrgeizig und benötige, um realisiert zu werden, viele Millionen. Aber dieses Geld sei an anderer Stelle, etwa bei Ausbau sonst notwendiger Betreuungseinrichtungen, einzusparen. Es gebe auch Meinungen, wonach durch Ganztagschulen weniger für Jugendhilfe und Sozialhilfe aufzuwenden sei.

Bernhard Recker (CDU) warf der Landesregierung vor, sie haben den Ganztagschulen — ihr Anteil belaufe sich zum Beispiel bei den Grundschulen auf 0,8 Prozent — die Chancengleichheit verweigert. Ganztagschulen verbesserten die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit entscheidend. Die von der Landesregierung angebotenen Modelle der Kinderbetreuung seien nicht zukunftsfähig und ausreichend. Seine Fraktion schlage vor, die Genehmigung von Ganztagschulen den Kommunen zu übertragen und im Lauf der Jahre zu einem flächendeckenden Angebot für alle Schulformen zu entwickeln.

Brigitte Speth (SPD) machte darauf aufmerksam, dass für Ganztagsangebote die Kommunen und nicht das Land verantwortlich seien — auch wenn dieses traditionell solche Angebote in Kindergärten, Horten und an Schulen finanziere. Das sei das Markenzeichen einer sozial gerechten Politik für Kinder und Jugendliche, die auf quantitativen Ausbau von Ganztagsplätzen in unterschiedlicher Form setze. Bis zum Jahr 2005 werde sich das Ausbauprogramm um 200 000 auf 500 000 Plätze erweitern, kündigte sie an.

Ralf Witzel (FDP) fragte danach, warum es gerade bei den Gesamtschulen eine 98-prozentige Versorgungsdichte an Ganztagsan-



Mehr als Worte machen die zwischenmenschliche Kommunikation aus. Das Plenum des Landtags — hier sind unsere Schnappschüsse entstanden — ist zwar in erster Linie der Ort des gesprochenen Worts, aber es bietet auch hin und wieder Gelegenheit zu Studien der Körpersprache, Mienen und Gesten. Dabei sind es oft die Hände, die so manches über Einstellungen und Haltungen verraten können. Distanz oder Vertrautheit, Skepsis oder Übereinstimmung, Verdeutlichen oder Verbergen — der Betrachter mag rätseln, was in den festgehaltenen Szenen zutrifft. Obere Reihe v.l.n.r.: Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), die FDP-Abgeordneten Dr. Ute Dreckmann, Brigitte Capune-Kitka und Angela Freimuth, Antonius Rüsenberg (CDU) im Gespräch mit Schulministerin Gabriele Behler (SPD), Dorothee Danner und Wilfried Kramps (beide SPD). In der unteren Reihe die Gestik (v.l.n.r.) von Rainer Bischoff und Horst Vöge (beide SPD), Horst Engel (FDP) und Jürgen Rüttgers (CDU), Dr. Stefan Grüll und Jürgen Möllemann (beide FDP) und Eckhart Uhlenberg, Dr. Annemarie Schräps (beide CDU) im Diskurs mit Ministerin Birgit Fischer (SPD).

Fotos: Schälte



„Windenergie wird zügig ausgebaut“

SPD und GRÜNE: Im Konsens mit den Menschen und mit Rücksicht auf die Landschaft/Oppositionsanträge im Plenum

Mittel zum Klimaschutz oder Verschandelung der Landschaft — die aus dem Boden schießenden Windkraftanlagen in Nord-rhein-Westfalen sind zum Streitthema geworden. FDP- und CDU-Fraktion haben mit zwei Anträgen (Drsn. 13/1247 und 13/1312) dafür gesorgt, dass sich der Landtag in die Debatte, die vor Ort vor allem zwischen Anwohnern und Klimaschützern kontrovers geführt wird, eingeschaltet hat.

Dr. Gerhard Papke (FDP) nannte die industrielle Windkraftnutzung im Lande einen „gigantischen Etikettenschwindel“. Die vorhandenen 1 240 Anlagen trügen nur mit 0,8 Prozent zum Strombedarf bei; darum werde nicht ein einziges Kraftwerk eingespart. Grund für den Boom bei diesen An-



Windkraftanlagen, von den einen als Ausweg aus Energiekrise und Klimaveränderung gepriesen, von anderen als Störer des Landschaftsbilds und als Gesundheitsrisiko angeprangert, sind in den letzten Jahren auch im Binnenland NRW immer häufiger geworden. Ob als einzelner Rotor, wie dieser hier im Ratinger Ortsteil Homberg, oder als Windpark, wie er vor kurzem bei Paderborn eingeweiht worden ist. Hier auf dem „Sintfeld“ sind 65 Windräder mit einer Gesamtleistung von 105 Megawatt und mit einem Kostenaufwand von 225 Millionen Mark installiert worden, die den Strombedarf von an die 70 000 Haushalten decken können. Damit erzeugt Deutschland die Hälfte der in Europa aus Wind gewonnenen elektrischen Energie. Foto: Schälte

lagen seien allein die massiven Subventionszahlungen, die den Investoren gewährt würden. Da es auch die vorhergesagten 10 000 Arbeitsplätze in diesem Bereich nicht gebe — die Rede könne allenfalls von 2 500 sein —, stelle sich die industrielle Windkraftnutzung in NRW als „volkswirtschaftlich unsinnig und ökologisch verheerend“ dar. Seine Fraktion sei deshalb dafür, den Bau von Windkraftgroßanlagen im Land umgehend zu stoppen.

Hans Krings (SPD) charakterisierte die beiden Anträge. Die FDP wolle die Windkraft mit Ausnahme der Selbstversorgung abschaffen, die CDU sei dafür, diese Art der Energiegewinnung „durch Erschweren oder bürokratisches Totprüfen“ abzuwürgen. Die Probleme der Windkraftnutzung habe man voraussehen können. Kommunen, die Vorrangflächen ausgewiesen haben, hätten heute weniger Schwierigkeiten. Seine Fraktion stehe zu den regenerativen Energien, die CO₂-Minderung sei messbar. Für die SPD gehe es nicht darum, die industrielle Nutzung abzuschaffen oder abzuwürgen. Den Problemen werde man sich in der Ausschußdiskussion stellen und ihnen nachgehen.

Heinrich Kruse (CDU) mahnte die gleichgewichtige Förderung anderer regenerativer Energie wie die Wasserkraft an und schloss aus der Vorschrift, Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete und schützenswerte Biotopie grundsätzlich von Windenergie freizuhalten: „Die Natur und frei lebende Tiere sind besser geschützt als Menschen, die im ländlichen Raum leben.“ Da werde die Werteordnung auf den Kopf gestellt, das sei nicht in Ordnung, befand er. Vom so genannten „zweiten Standbein“ der Landwirtschaft durch Windenergie wolle er auch nichts wissen: Die Politik der Landesregierung „säbele“ das erste Standbein immer stärker an, und zudem seien es zunehmend Großinvestoren, die die Windparks errichteten. Ein Moratorium bei der Genehmigung sei daher unausweichlich, um die offenen Fragen zu klären.

Reiner Priggen (GRÜNE) stellte fest, die Windkraft allein könne die angestrebte Reduktion klimaschädlicher Gase bewirken, dazu bedürfe es eines ganzen Bündels von Maßnahmen. Nur im Verbund werde es möglich sein. Nicht jeder Windpark müsse auch gebaut werden, wenn etwa die Beeinträchtigungen zu groß seien; aber die Gemeinde sollte in einem vernünftigen Abwägungsprozess auf der Grundlage des Windkrafterlasses prüfen, „wo es geht und wo es nicht geht“. Das gelinge in den Kreisen und Kommunen des Landes mit unterschiedlichem Erfolg. Es gehe aber auch nicht an, die Windkraft nach dem „Sankt-Florians-Prinzip“ beiseite zu schieben und in Sachen regenerativer Energie die Hände in den Schoß zu legen.

Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) fand: „Das eine geht nicht ohne das

andere.“ Wer Windkraft wolle, der müsse auch tolerieren, dass es in der Landschaft Windmasten und Windkraftanlagen gibt. Die Anlagen seien in den letzten Jahren größer, effizienter und leiser geworden. Geld mit Windkraft verdienen zu wollen, sollte die FDP niemandem vorwerfen, es bleibe beim Entscheid für eine Anlage immer noch ein klares ökonomisches Risiko, urteilte der Minister und wies darauf hin, die Durchsetzung von Windkraft müsse mit der Akzeptanz der Menschen erfolgen. Ein ideologischer Kampf sei aber abzulehnen. Die Windkraft im Lande werde mit Augenmaß und Rücksichtnahme weiter ausgebaut, kündigte Vesper an.

Christian Weisbrich (CDU) forderte Akzeptanz nicht nur durch Reden, sondern durch tätige Praxis ein. Zur Standortakzeptanz gehöre auch die wirtschaftliche Akzeptanz.

Werner Bischoff (SPD) kündigte an, die SPD werde den Kampf der Opposition gegen die Windkraft nicht mitmachen: „Wir wollen, dass dieser Bereich behutsam, strategisch und langfristig ausgebaut wird.“

Holger Ellerbrock (FDP) warf der Landesregierung vor, mit ihrem Windkrafterlass habe sie die Mitwirkung des Parlaments bei der Landesentwicklungsplanung — hier bei der Konsensfindung von Bereichen mit besonderer Eignung für regenerative Energien — ausgehebelt. Das sei nicht richtig.

Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold (SPD) regte an, die Subventionen noch schneller zurückzuführen, damit alte Anlagen rascher vom Markt verschwinden und der gewünschte innovative Schub eintritt.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) resümierte, es gehe nicht um das Ob, sondern um das Wie: „Die Windenergie sowie ihre Förderung und Markteinführung sind zwischen den Fraktionen unumstritten.“ Dem vernünftigen Umgang mit der Windenergie diene auch ein Expertengespräch, das der Umweltausschuß (und weitere Ausschüsse) mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Regionalräten am 19. September führen werden.

★

Der Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung zieht am 19. September in öffentlicher Sitzung Sachverständige hinzu und erörtert ab 10 Uhr im CDU-Fraktionssaal mit ihnen das Thema „Windkraft in Nordrhein-Westfalen“. Die Experten werden sich zu den Bereichen wirtschaftliche und energiewirtschaftliche Bedeutung der Windkraft in NRW, Emissionen sowie planungsrechtliche Aspekte in Bezug auf Raumordnung, Baurecht und Naturschutz äußern.



Siemens-Bereichsleiter Gerd Bieker (l.) sah Chancen für Verkehrsverlagerungen durch den Metrorapid, da laut Prognosen die mittlere Reiseweite der Fahrgäste gestiegen sei. Staatssekretär Jörg Hennerkes (Mitte) berichtete zum aktuellen Stand. Transrapid-Vertriebsleiter Manfred Wackers (r.) erläuterte die Magnetschwebetechnik. Fotos: Schalte

Projekt Metrorapid in NRW Jetzt Trassenprüfungen vor Ort

Im Unterausschuss Metrorapid des Verkehrsausschusses berichteten in der von Gerd Wirth (SPD) geleiteten Sitzung am 21. August Verkehrsminister Ernst Schwanhold und Staatssekretär Jörg Hennerkes, die vom Bund finanzierte Machbarkeitsstudie solle zum 18. Januar 2002 vorliegen. Von den Gutachtern werde auch ein Vorschlag zur Trassenführung erwartet. Auf Wunsch des Landes NRW würden auch die Anbindung des Flughafens Dortmund geprüft und als weiterer Haltepunkt Mülheim/Ruhr einbezogen.

Die Mehrkosten für die „Vertiefung“ der Machbarkeitsstudie betrügen drei Millionen Mark und müssten vom Land bezahlt werden, ergänzten der Minister und der Staatssekretär nach Fragen der Abgeordneten Heinz Hardt und Gerhard Wächter (beide CDU). An der Machbarkeitsstudie beteiligte sich das Land mit fünf Millionen Mark (nicht wie irrtümlich im Bericht über die vorige Sitzung des Unterausschusses am 30. Mai in „Landtag intern“ gemeldet, „fünf Milliarden Mark“; wir bitten um Nachsicht). Peter Eichenseher (GRÜNE) war mit der Kostenregelung nicht zufrieden und erinnerte an die jeweils hälftige Finanzierung des Bundes und der beiden Länder. Die von ihm ebenfalls erwähnten Kosten für Rück-

und Umbau des Bahnnetzes auf der Strecke Dortmund—Düsseldorf seien in den Gesamtkosten des Projekts Metrorapid in NRW in Höhe von 7,2 Milliarden Mark enthalten, sagte der Minister. Der Prüfauftrag des Unterausschusses, ob aktuelle Ergebnisse der vom Bund in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie frühestmöglich dem Unterausschuss bekannt gegeben werden könnten, sei positiv beschieden worden, teilte der Staatssekretär mit.

In weiteren Fragen verlangten die Abgeordneten vor allem sicheres Wissen um die Gesamtkosten des Projekts und die Zusage, dass keine Mehrkosten auf das Land zukämen. Minister Schwanhold versicherte, die Kostenblöcke (und die Interessen) der spä-

teren Betreiber und des Landes würden strikt getrennt. Für Fahrzeugförderung habe die Deutsche Bahn AG 1,5 Milliarden Mark zugesagt, ergänzte Staatssekretär Hennerkes.

Den Abgeordneten ging es in mehreren Fragen auch darum, dass durch das Metrorapid-Projekt die laufenden Fördermittel für den Öffentlichen Personennahverkehr nicht geschmälert werden. Das NRW-Regionalisierungsgesetz, das zurzeit überarbeitet wird, werde künftig die Förderung des Metrorapids enthalten, kündigte das Ministerium an.

Die Unterausschusssitzung sorgte für großes Interesse der Landespresse. Allerdings erzeugten Pressegespräche vor der Tür des Sitzungssaals Unruhe, was Vorsitzenden Wirth zur Äußerung von Unmut veranlasste. Zu den Themen, die in Pressegesprächen außerhalb der Sitzung erörtert wurden, gehörte auch eine mögliche Förderung des Projekts aus EU-Mitteln „für transnationale Netze“. Von einem Betrag von 550 Millionen Mark war dabei die Rede. Diese Perspektive wurde als Grund dafür genannt, dass eine bei der Deutschen Bank in Auftrag gegebene Finanzierungsstudie im August noch nicht präsentiert werden konnte. Das soll nun in der nächsten Sitzung des Unterausschusses am 25. September geschehen.

Klimaschutz und Klassenkasse

Die Bonner Emilie-Heyermann-Schule (auf dem Foto Schüler mit Lehrern und dem Leiter der Energieagentur NRW Dr. Norbert Hüttenhölcher, r.) gewann den ersten Preis im Wettbewerb EnergieSchule 2001 der Realschulen und erhielt ein Mini-Blockheizkraftwerk im Wert von 25.000 Mark. 126 Schulen hatten sich an dem von der Energieagentur und dem NRW-Wirtschaftsministerium veranstalteten Wettbewerb beteiligt. Lehrkräfte und Schüler der Emilie-Heyermann-Schule forderten in Aktionen auf zu „Heizen mit Köpfchen“, „Denk dran, Licht aus!“ oder „Dreh doch mal ab — wir sparen Wasser“ und sparten bis zu 41 Prozent Energie ein. Mit dem Mini-Blockheizkraftwerk kann noch mehr gespart werden, es erzeugt nicht nur Strom, sondern gleichzeitig auch Wärme.





Zwei Minister wurden am 6. September in die gemeinsame Sitzung des Haushalts- und des Verkehrsausschusses gebeten, weil Abgeordnete sich um Folgekosten für das Großprojekt Metrorapid in NRW Sorgen machen. Erst die Machbarkeitsstudie bringe im Februar 2002 mehr Aufschluss, sagten die Minister. Auf dem Foto die beiden Vorsitzenden Manfred Hemmer (SPD, l.) und Volkmar Klein (CDU) vor Beginn der Sitzung.

Fotos: Schälte

Metrorapid kostet 2001 elf Millionen Mark

Für die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 6. September hatte die Sprecherin der GRÜNE-Fraktion, Edith Müller, um Beantwortung detaillierter Fragen zur „Klarheit bei der Finanzierung des Metrorapid“ gebeten. Die „Vertiefung“ der Machbarkeitsstudie, unter anderem Prüfung der Anschlussstrecke zum Dortmunder Flughafen, kostete 3,8 Millionen Mark, die das Land zu übernehmen habe, teilte Verkehrsminister Ernst Schwanhold mit. Insgesamt seien im Haushalt 2001 bereits elf Millionen Mark veranschlagt. Im Haushaltsentwurf 2002 seien sieben Millionen Euro (rund 14

Millionen Mark) und fünf Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt. Elf Untersuchungen seien vergeben worden, darunter vier, um an den vom Bund in Aussicht gestellten Zuschüssen in Höhe von 4,5 Milliarden Mark beteiligt zu werden. Die Landesmittel würden aus dem Haushaltsansatz für die Regionalisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs aufgebracht, sagte Finanzminister Peer Steinbrück. Es handele sich um eines der größten Investitionsprojekte in NRW mit einem Gesamtvolumen von 7,2 Milliarden Mark. Dafür müsse das Land etwas riskieren.



Landesbetriebe

Im Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ des Haushaltsausschusses stellte sich in der von Günther Garbrecht (SPD) geleiteten Sitzung am 30. August der Sprecher der Geschäftsführung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB), ein ausgewiesener Immobilienfachmann, vor. Staatssekretär Dr. Harald Noack teilte mit, die Eröffnungsbilanz des BLB werde in Kürze vorgelegt. Aus den bisher

28 Bauämtern würden 12 Niederlassungen gebildet. Seine Vorschläge zu künftigen Standorten wird das Finanzministerium dem Unterausschuss zuleiten.

Im Rahmen seiner Vorstellung teilte der neue BLB-Hauptgeschäftsführer Ferdinand Tiggemann (Foto) mit, als bisher Verantwortlicher für die Telekom-Immobilien habe er 12500 Mitarbeiter in eine GmbH überführt und ein Investitionsvolumen von rund 20 Milliarden Mark „verbaut“. Die Verwalter der Landesliegenschaften seien von jetzt an Kunden, die dem BLB Aufträge erteilen. Schwierigstes Kapitel sei die Umwandlung der kameralistischen in die kaufmännische Buchführung. In drei Jahren solle der Landesbetrieb so stabil sein, als ob es ihn schon immer gegeben hätte. Auf Nachfragen von Erwin Siekmann (SPD) teilte er mit, die Miethöhe der Landesliegenschaften an den einzelnen Standorten lägen bereits fest. Personalveränderungen seien reibungslos verlaufen. Bei Zielkonflikten zu (betriebswirtschaftlich ausgerichteten) Standortkonzepten könne die Politik vermitteln, antwortete Tiggemann auf eine Frage von Dr. Ingo Wolf (FDP). Besondere Interessen der Hochschulen würden berücksichtigt, erfuhr Rüdiger Sagel (GRÜNE). Gebäude würden

Enquetekommission Frauengesundheit

Rechtzeitig zur Sitzung der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung“ am 4. September erhielt die Vorsitzende Marianne Hürten (GRÜNE) eine Ausarbeitung des Parlamentarischen Gutachterdienstes (Vorlage 13/847) mit Antworten auf vier Fragen der Abgeordneten und Sachverständigen.

Der Gutachterdienst hat auftragsgemäß darin die Kompetenzen auf den vier Ebenen (Europäische Union, Bund, Land, Kommunen) zusammengestellt. „Die Tätigkeit der EU ergänzt die Politik der Mitgliedstaaten“, heißt es dort zur Gemeinschaftspolitik und deren Ziel, ein hohes Gesundheitsschutzniveau sicherzustellen. Seit dem Vertrag von Amsterdam können Qualitätsstandards im Bereich Organe, Blut und Blutprodukte sowie Maßnahmen bei Tiergesundheit und Pflanzenschutz gemeinschaftlich geregelt werden. Gemeinsam sollen auch Ursachen weit verbreiteter schwerer Krankheiten erforscht und Verhütungsinformationen gefördert werden. Sieben Programme seien angelaufen und Aktionspläne „Europa gegen den Krebs“ bereits durchgeführt worden. Gegen Epidemien, Aids und BSE gebe es Maßnahmenbündel. Die rechtlich bindenden Kompetenzen der EU seien aber eher bescheiden.

Der Bund sei zuständig für gefährliche und übertragbare Krankheiten bei Menschen und Tieren, für die Zulassung zu Heilberufen, für Arzneimittel und für die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser. Bei konkurrierender Gesetzgebungskompetenz liege die originäre Zuständigkeit für Gesundheit bei den Ländern. Der Gutachterdienst listet dazu acht NRW-Landesgesetze auf: zum Gesundheitsdatenschutz, zu Heilberufen, Krankenhaus, Kurorten, Landespflegeversicherung, Psychisch Kranken, zum Rettungsdienst und das Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst, das auch die Regelungen über die Landesgesundheitskonferenz und die kommunalen Konferenzen enthält. Letztere befänden sich vielerorts erst im Aufbau. In der Sitzung am 4. September behandelte die Enquetekommission Ergebnisse ausgewählter Frauengesundheitsberichte und hörte einen Vortrag von Professor Dr. Gisela Fischer (Medizinische Hochschule Hannover) zum Thema „Effektivität von Maßnahmen zur Prävention und Rehabilitation von Müttern in Deutschland“.

jeweils komplett saniert. Vorsitzender Garbrecht wies auf den Mustermietvertrag der Landesregierung hin.

Weitere Eindrücke vom „Konzern NRW“ erhielt der Unterausschuss beim Bericht des Verkehrsministeriums über die Bezahlung von Auftragsleistungen. Für Planung und Bau von Straßen der Kreise und Kommunen sowie für Unterhaltung und Instandsetzung von Bundesstraßen werden dem Straßenbaubetrieb, einem der drei Landesbetriebe, künftig Kosten erstattet. Über Erkenntnisse aus dem laufenden Erfahrungsaustausch des „Kompetenzcenters“ für die Landesbetriebe und Sondervermögen, das aus Fachbeamten des Finanz- und des Innenministeriums besteht, wurden dem Unterausschuss Berichte zugesagt.

Pro und Kontra zum Luftverkehrskonzept 2010 NRW

Dr. Wilken (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt Köln-Porz) sah, von Christof Rasche und Marianne Thomann-Stahl (beide FDP) befragt, höheres Passagieraufkommen zu bewältigen nur als möglich an durch größeres Fluggerät und ein Mehr an Flugbewegungen als 38 pro Stunde, etwa bei 55 pro Stunde. Bei der (technischen) Lärminderung sei das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht. Privatisierung müsse in ein Regulierungswerk eingebettet sein. Bei Gewinnerwartung durch (privatisierte) Flughäfen würden öffentliche Interessen (Umweltprobleme) vernachlässigt, meinte Professor Baum.

Zum Themenblock „Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsplätze“ sagte Matthias C. Tümpel (Flughafen Düsseldorf), die drei internationalen NRW-Flughäfen müssten klare Wachstumsperspektiven haben. Wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen könnten zusätzliche Wohnansiedlungen in Einzugsbereichen nicht verhindert werden. Eine Fluglärmschutzverordnung solle die Grenzwerte für die Zumutbarkeit festlegen. Der Konflikt zwischen enormen Investitionen und neuen Betroffenheiten müsse beseitigt werden.

Neue Anwohner

Helmut Breidenbach (Lärmschutzgemeinschaft Köln/Bonn) hielt die Zahlen von 25 000 direkt Beschäftigten an den sechs Flughäfen und von etwa 75 000 Arbeitsplätzen insgesamt für realistisch. Im Luftverkehrskonzept 2010 sei von Umweltverträglichkeit und -vorrang keine Rede mehr. Den Lärmschutz auf ein Minimum zurückzuschrauben, sei unverantwortlich. Es müssten Kernruhezeiten, Bewegungs- und Lärmobergrenzen für Nachtflüge hinkommen. Er warf den NRW-Politikern vor, den Lärm herzuholen und Nachtflug zu fördern.

Professor Dr. Jürgen Vollradt (Anwohnergruppen) forderte eine Definition der zumutbaren Lärmbelastung und systematische Prüfung der Wachstumschancen. Er sah einige Flughäfen in NRW auf die Menschen zuwachsen und fand im Übrigen die wirtschaftlichen Teile der NRW-Konzeption und der CDU-Eckpunkte überzeugend. Kornelia Laqueur (Aktionsgemeinschaft gegen Fluglärm und Luftverschmutzung Kvelaer) kritisierte scharf die Ausbau-Plannungen in Weeze-Laarbruch zu einem Zivillughafen.

Von Dr. Helmut Linssen (CDU) befragt, sah Wolfgang Klapdor (Flughafen Köln/Bonn) kaum Aussichten für eine Arbeitsteilung zwischen Düsseldorf und Köln/Bonn. Köln/Bonn prüfe daher, mehr mit Frankfurt zu kooperieren. Wie NRW von der Lufthansa behandelt werde, sei eigentlich ein Skandal. Michael Klenk (Deutsche Lufthansa) riet zu Vorsicht bei Kooperationskonzepten. Die Passagiere interessierten drei Dinge: Preis, Gesamtreisezeit und Qualität. Im internationalen Wettbewerb seien Drehkreuze das Wichtigste und Allianzen und „Netz-Airline“ weitere Merkmale. NRW habe kein Drehkreuz. Georg Fongern (Vereinigung Cockpit) berichtete, die kurze Start- und Landebahn erlaube ab Düsseldorf nur kurze Langstrecken. Zwischenstopp sei unwirtschaftlich. Er forderte ein nationales Luftverkehrskonzept.

Um Fluglärm, um die Erforschung von Schlafstörungen und um künftige Strategien für die beiden NRW-Großflughäfen ging es im ersten Teil unseres Berichts über die Anhörung des Verkehrsausschusses (Landtag intern 10/2001). Hier der zweite Bericht mit weiteren Stellungnahmen zur NRW-Luftverkehrspolitik.

Für die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Luftfahrt-Unternehmen bemerkte Professor Dr. Detlef Winter, Nachtflugfreiheit bestehe in Köln/Bonn, Münster/Osnabrück und Paderborn/Lippstadt. Letzterer sei der Flughafen mit dem größten Wachstum und komme im Konzept der Landesregierung zu kurz. Die Touristik-Unternehmen bräuchten Nachtflugfreiheit unbedingt. Bei nur zwei Umläufen würden im Sommer die

Unternehmen. Nahezu jeder Wirtschaftsbe- reich nutze Expressdienste. Dieser Markt werde stark wachsen, was aber nicht zwangsläufig zusätzliche Flugbewegungen bedeute, sondern durch größeres lärmarmes Fluggerät bei reduzierten Lärmemissionen realisiert werden könne. Ein Nachtflugverbot nach Abfluggewicht, wie von der CDU gefordert, lehnte Mensing ab.

Joachim Hans Beckers (Bundesvereinigung gegen Fluglärm) warf dem Gesetzgeber vor, bei Lärmschutz-Grenzwerten nicht nach dem Stand der Technik zu verfahren, und hielt es für dringend regelungsbedürftig, lärmabhängige Anteile der Landegebühren zweckgebunden nur für Umweltaufwendungen einzusetzen. Dr. Werner Reh (BUND NRW) forderte eine andere Verkehrspolitik mit Verlagern von Kurzstreckenflügen auf die Bahn und Verzicht auf Ausbau der Regionallughäfen. Vertreter der Touristik- und der Frachtunternehmen



Für die Regional- flughäfen und Verkehrslande- plätze meinte Fritz Henze (Paderborn/ Lippstadt, Foto Abfertigungs- halle), bei Fluglärm setzten diese auf intelli- gente Verfahren und den steile- ren Anflug. Diese Flugplätze seien auch Schwer- punktstationen für Luftfahrt und Luftsport, wo Tausende be- geisterter Men- schen das Fliegen er- lernten. Eine Vielzahl von Einmannbetrie- ben und Klein- unternehmen erwirtschaften dabei ihren Le- bensunterhalt. Foto: Flughafen Paderborn/ Lippstadt

Hälfte mehr Flugzeuge und 800 zusätzliche Piloten sowie 300 Techniker mehr ge- braucht. Die Unwirtschaftlichkeit wäre pro- grammiert.

Kein Drehkreuz in NRW

Michael Mensing (UPS) stellte fest, für drei große Frachtcarrier sei Köln/Bonn der internationale ExpressHubstandort. Nutzer dieser Logistik seien allein in NRW 54 000

antworteten auf Fragen von Hans Peter Lindlar (CDU) und Peter Eichenseher (GRÜNE), in Köln/Bonn gebe es zwischen 2 und 5 Uhr nachts keine Passagier- flugbewegungen, und der Einsatz von (lei- serem) Fluggerät könne nur international geregelt werden.

Ausschussvorsitzender Manfred Hemmer (SPD), der die Anhörung geleitet hatte, dankte den Sachverständigen nach der dreieinhalbstündigen Veranstaltung für ihre Auskünfte, die in die landespolitischen Ent- scheidungen einbezogen würden.

Kein Sonderurlaub für Betreuerin von Ferienfreizeit wegen Landesgrenze

Erfolglos wandte sich ein katholisches Pfarramt an den Petitionsausschuss. „Im Jahr des Ehrenamts bitte ich Sie, hier eine Klärung zu schaffen, die es ermöglicht, in diesem Falle Vergütung für Sonderurlaub zu gewähren.“ Leider nicht möglich, antwortete das um Stellungnahme gebetene Jugendministerium, und der Petitionsausschuss schloss sich dem an.

Eine ehrenamtliche HelferIn leitet die Ferienfreizeiten für Kinder einer Kleinstadt im Kreis Gütersloh. Das Problem: Ihr Arbeitgeber befindet sich in Osnabrück, und das liegt in Niedersachsen. Sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Niedersachsen haben ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendhilfe Anspruch auf Sonderurlaub und Erstattung von Verdienstausschlag (maximal acht Arbeitstage im Kalenderjahr). Im Sonderurlaubsgesetz NRW heißt es aber auch: „Maßnahmeträger und Arbeitgeber müssen ihren Sitz in NRW haben“ und: „Ausnahmen hiervon sind nicht möglich!“ ergänzt ein Hinweisblatt. Dazu erläutert das Ministerium: Eine Erstattung des Verdienstausschlags bei einem Betrieb, der nicht in NRW liegt, also nicht dem NRW-Gesetz unterworfen ist, wäre nur nach einer Gesetzesänderung möglich.“

Die Sachbearbeiterin des Petitionsreferats führte noch ein Telefongespräch mit dem niedersächsischen Petitionsausschuss. Antwort: Niedersachsen könne aufgrund der begrenzten Mittel nicht alle im Lande durchgeführten Maßnahmen fördern. Eine Unterstützung für eine Maßnahme außerhalb Niedersachsens komme deshalb nicht in Frage.

Ein Arbeitnehmer aus Westfalen wandte sich an den Petitionsausschuss, weil er als Schöffe nur 30 Mark pro Stunde Verdienstausschlag ersetzt bekomme. Er verdiene jedoch 36,43 Mark pro Stunde. Somit verliere er 18 Prozent seines Einkommens, wenn er das Schöffennamts ausübe. Das sei ungerecht, zumal Beamte ihre vollen Bezüge erhielten, wenn sie einer solchen staatsbürgerlichen Pflicht nachkämen.

Schöffennamt dient Justiz-Demokratie – materielle Opfer sind zumutbar

Der Petitionsausschuss erteilte ihm jedoch eine klare Absage. Er wies den Petenten darauf hin, dass ihm zusätzlich eine steuerfreie Entschädigung von acht Mark pro Stunde „versäumter Zeit“ zustehe, wie auch das Justizministerium dargelegt hatte. Einen finanziellen Nachteil könne der Ausschuss daher nicht erkennen.

„Im Übrigen mag er bedenken, dass es sich bei der Ausübung des Schöffennamts um eine urdemokratische und freiheitliche Tätigkeit handelt ...“, meinte der Landtagsausschuss und erinnerte an die Revolution von 1848, die unter anderem die Kabinettsjustiz, also die geheime Justiz hinter verschlossenen Türen, beseitigt und öffentliche Gerichtsverfahren unter wesentlicher Beteiligung des Volkes eingeführt habe. Vor diesem geschichtlichen Hintergrund seien ehrenamtlichen Richtern im Interesse einer demokratischen Justiz durchaus materielle Opfer zuzumuten. „Eigentlich sollte sich der Petent schämen“, schreibt der Sachbearbeiter in die Akte.

Ratenzahlung nach Führerschein-Entzug

„Vom Amtsgericht ... wurde ich wegen eines Verkehrsvergehens zu einer Geldstrafe in Höhe von 2400 Mark und einem Entzug der Fahrerlaubnis für sechs Monate verurteilt“, teilte ein Petent dem Landtagsausschuss mit. Er sei Paketzusteller gewesen und wegen Führerscheinentzugs nun nicht mehr dazu in der Lage. Seine Firma beschäftige ihn, um ihm zu helfen, halbtags bei der Paketverteilung. Wegen des enormen Lohnverlusts und wegen Taxikosten am frühen Morgen habe er die Staatsanwaltschaft um Ratenzahlung gebeten, die jedoch abgelehnt worden sei.

Der Petitionsausschuss zögerte nicht, sein Anliegen zu unterstützen. Nachdem auch das Justizministerium eingeschaltet und die zuständige Rechtspflegerin den geänderten Arbeitsvertrag erhalten hatte, gab es keine Bedenken mehr. Der Mann darf seine Strafe in 100-Mark-Raten abzahlen. Ohnehin erhielt er inzwischen seinen Führerschein zurück und kann nun wieder als Paketzusteller arbeiten.

Wochenzeitbudget in Kindergärten

Einen FDP-Antrag zum Wochenzeitbudget in Kindertagesstätten (Drs. 13/1305) lehnte die Landtagsmehrheit aus SPD und GRÜNEN bei Zustimmung von CDU und FDP ab. In dem Antrag kritisiert die FDP, dass die neue Budgetregelung am Landtag vorbei schon eingeführt werde.

Christian Lindner (FDP): Eine Dunkelkammer bestimme über Kinder und Eltern. Dieser Blindflug der Landesregierung könne zum Sturzflug für die Betreuungsqualität werden. Die FDP missbillige auch den Umgang mit dem Landesgesetzgeber.

Bernd Flessenkemper (SPD): Die kritisierte Vereinbarung über Wochenbudgets ab 1. August sei gesetzlich vorgeschrieben. Bei der Novellierung 1998 sei der Sankt-Nimmerleins-Tag nicht gewollt worden. Auch die stärkere Beteiligung der Träger sei im Rahmen der Steuerungsgruppe verankert worden.

Jutta Appelt (CDU): Wenn der Gesetzgeber Erprobung einführe und Erfahrungsberichte anfordere, müsse die Behandlung in Ausschuss und Parlament gewährleistet sein. Bei den Öffnungszeiten bringe das Wochenzeitbudget nichts Neues. Die Flexibilisierung der Gruppenstärken sei aber ohne Veränderung beim Personalschlüssel vorgesehen.

Ute Koczy (GRÜNE): Die Information in die Verbände hinein sei verbesserungswürdig. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Erprobung und Einführung der Budgetvereinbarung sei nicht zwingend vorgesehen und die Vereinbarung von der Steuerungsgruppe ausgehandelt worden.

Jugendministerin Birgit Fischer (SPD): Eine Zwischenauswertung liege ihr seit eineinhalb Wochen vor und werde dem Landtag kurzfristig zur Verfügung gestellt. Mit der Budgetvereinbarung erhielten die Träger einen Spielraum von zehn Prozent ihrer Plätze, um sie auch Kindern anderer Altersgruppen zur Verfügung zu stellen. Die Kindertagesstätten könnten damit ihr Angebot stärker nach dem Bedarf ausrichten, etwa Mitnutzung durch Schulkinder.



Die Vorsitzenden der Petitionsausschüsse des Deutschen Bundestages und der Länderparlamente tagten Mitte Juni in Magdeburg. Für den Petitionsausschuss des NRW-Landtags nahmen die beiden Vorsitzenden Barbara Wischermann (CDU, Mitte) und Brigitte Herrmann (GRÜNE) sowie der Leiter des Petitionsreferats Franz Muschkiert teil. Aktuelle Themen des Petitionsrechts wurden behandelt, aber auch grundsätzliche Fragen wie die Ausgestaltung des Petitionsrechts in der europäischen Grundrechte-Charta. Die Tagung findet alle zwei Jahre in wechselnden Bundesländern statt und dient neben dem Meinungsaustausch der Abstimmung zu allgemeinen Fragen des Petitionsrechts.

Wirtschaftsausschuss

Neue RWE-Technologie ermöglicht Internet aus der Steckdose

„Mit RWE Power-School kommt das Internet direkt aus der Steckdose, in allen Räumen Ihrer Schule.“ Mit dieser Aussage wirbt RWE neuerdings für den Anschluss ganzer Schulgebäude an ihre neue Technologie „Powerline“, bei der der Internetanschluss über die Steckdose ermöglicht wird. Über diese und zahlreiche andere technologische Erneuerungen informierte sich der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie unter Leitung seines Vorsitzenden Dr. Helmut Linssen (CDU) auf der diesjährigen Hannover-Messe.

Sehr beeindruckt zeigte sich dann der Ausschuss von den Möglichkeiten der neuen RWE-Technologie. Die in Nordrhein-Westfalen entwickelte neue Technologie bietet den Schulen nicht nur eine hohe Datenübertragungsrate von bis zu 2 Megabit pro Sekunde, sondern auch die Ersparnis von zusätzlichen Verkabelungen, da die Stromleitungen in jedem Raum bereits vorhanden sind. Dabei empfängt, unabhängig von der Art des Breitbandinternetzugangs, ein Hauskabel die Signale und überträgt sie über das Stromnetz in die Klassenzimmer. Hier verbindet dann ein Modem von Powerline den Computer über eine Steckdose mit dem Internet. Sehr interessant für die Abgeordneten war zu hören, dass sich RWE nicht nur bei der Installation und Betreuung von Powerline in den Schulen großzügig zeigt, sondern auch bei der Beschaffung neuer Schul-PC's. Natürlich geschieht dies nicht ohne den Hintergedanken, dass die Schüler dann auch zu Hause ihren Eltern die Anschaffung von RWE-Powerline schmackhaft machen sollen. Aber nicht nur bei RWE gab es innovative Technologie zu bestaunen, sondern auch



Über technologische Neuheiten informierte sich der Wirtschaftsausschuss unter Führung von Vorsitzendem Dr. Helmut Linssen (CDU, vorn, 4. v. l.) bei NRW-Firmen auf der Hannover-Messe; Ruhrkohle-Vorstandsvorsitzender Karl Starzacher (3. v. l.) gab einen Situationsbericht zur Entwicklung bei den Kohlesubventionen.

auf dem NRW-Gemeinschaftsstand, wo zahlreiche kleinere nordrhein-westfälische Unternehmen ihre Neuentwicklungen präsentierten.

Schwimmbadabwasser aufbereiten in Membranfilteranlagen

Dabei reichte das Spektrum von Biogasanlagen, Solarstromsystemen über die PC-gesteuerte Überwachung von Klimaanlage, Heizungen bis hin zu Wiederaufbereitungsanlagen für Schwimmbadabwasser. Durch den Einbau der neu entwickelten zweistufigen Membranfilteranlagen werden Schwimmbadbetreiber nach einer Amortisationsphase von zwei bis drei Jahren hohe

Einsparungen bei Wasser- und Abwasserkosten erzielen können. Dabei gilt: Je höher in der jeweiligen Kommune der Wasserpreis und die Abwassergebühr liegen, je früher tritt der Spareffekt ein.

Die Ausschussmitglieder wollten sich auf der Messe zudem in Gesprächen mit verschiedensten Unternehmen wie z.B. dem mittelständischen Werkzeughersteller Weidmüller aus Detmold oder beim Gemeinschaftsstand Paderborner IT-Unternehmer über deren Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung informieren. Ganz genau hörten dann auch die Abgeordneten hin, als der Vorstandsvorsitzende der Ruhrkohle AG, Karl Starzacher, der Delegation seine Einschätzung zur Fortführung der Kohlesubventionen mitteilte. Ein Thema, welches den Landtag in den vergangenen Wochen und Monaten intensiv beschäftigt hat und sicherlich auch noch beschäftigen wird.

Dr. Fues arbeitet seit 30 Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit und ist auch Mitarbeiter des Wissenschaftlichen Beirates für Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung und am Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg tätig. Er betonte, dass er das Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ stärken wolle. Die Bedeutung seiner Tätigkeit für das Land NRW sieht Dr. Fues in der Stärkung der Rolle der Regionen im Zeitalter der Globalisierung. „Global Governance“ benötige eine ethische Grundlage. Die weltweit zunehmenden Interdependenzen wirkten sich auch auf die Regionen bei der Bekämpfung von Armut und grenzüberschreitender Kriminalität aus. Persönlich sehe er sich als Mittler an einer Schnittstelle unterschiedlicher Interessenlagen, vor allem in den Bereichen Schule, Wissenschaft und Forschung. Leitender Ministerialrat Collinet (NRW-Städtebauministerium) informierte den Ausschuss über die EUROGA 2002plus, die sich von April 2002 bis Oktober 2003 mit 120 Projekten der Öffentlichkeit präsentieren wird. Die zweite NRW-REGIONALE wird durch das Land gefördert, um eine integrative Entwicklung der Kultur- und Naturräume zwischen Rhein und Maas voranzubringen. In der Diskussion über den Antrag der Ko-

Europa/Eine Welt

Neuer Beauftragter

Im Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik berichtete Europaministerin Hannelore Kraft (SPD), das irische Referendum zum Vertrag von Maastricht mit 54 Prozent Ablehnung mache deutlich, dass die europäische Politik nicht transparent genug sei. Der Ausschuss wurde über eine Konferenz der konstitutionellen Regionen in der EU Mitte November in Lüttich und über die EUROGAplus, die zweite NRW-Regionale, von April 2002 bis Oktober 2003 informiert. Als zuständige Ministerin stellte Bärbel Höhn (GRÜNE) den neuen Eine-Welt-Beauftragten der Landesregierung (seit Mai 2001) Dr. Thomas Fues vor.

alitionsfraktionen zum Gender Mainstreaming (Drs. 13/713) regte die Sprecherin der CDU-Fraktion im Ausschuss, Ilka Keller, an, den Begriff „Gender Mainstreaming“ durch „Geschlechtergerechtigkeit“ zu ersetzen.

Europaministerin Kraft unterrichtete den Ausschuss über die Zusammenarbeit der so genannten „Konstitutionellen Regionen“. Im Mai 2001 hätten die Regionen Bayern, Katalonien, Nordrhein-Westfalen, Salzburg, Schottland, Wallonien und Flandern in Brüssel eine politische Erklärung unterzeichnet.

Regionen formieren sich

Es sei deutlich geworden, dass man die Gruppe vorsichtig erweitern wolle und insbesondere auch italienische Regionen einbeziehen wolle. Eine Konferenz der konstitutionellen Regionen werde am 15./16. November 2001 in Lüttich durchgeführt. Ilka Keller (CDU) unterstrich die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit mit Frankreich.

Ausschussvorsitzende Ute Koczy (GRÜNE) und Landtagsvizepräsidentin Edith Müller (GRÜNE) fassten die Erkenntnisse der Reise nach Ungarn/Rumänien und einer Begegnung mit polnischen Parlamentariern zusammen. Gabriele Sikora (SPD) stellte erhebliche Unterschiede bei der Wirtschaftsförderung in Ungarn fest.

„Im Pflegebereich haben wir uns auf steigende Zahl von Demenzkranken einzustellen“

In einer gemeinsamen Anhörung haben sich Gesundheitsausschuss und der Ausschuss für Kommunalpolitik in einer Anhörung über die Erfahrungen mit dem 1996 in Kraft getretenen Landespflegegesetz unterrichten lassen. — Wir setzen damit die Berichterstattung aus Landtag intern Nr. 10, Seite 7 fort.

Dr. Heinz Rothgang vom Zentrum der Universität Bremen riet dazu, die im Gesetz vorgeschriebene Pflegebedarfsplanung aufzugeben: Sie sei rechtlich problematisch und faktisch ineffektiv. Wenn die Bedarfsplanung abgeschafft werde, sei auch eine sinnvolle Objektförderung nicht mehr möglich, „da öffentlich geförderte Investitionsruinen sonst unvermeidlich wären“. Rothgang schlug vor, die Investitionskostenförderung vollständig auf ein Pflegewohngeld umzustellen. Dies habe sich als besonders wirksames Instrument zur Vermeidung von pflegebedingter Sozialhilfeabhängigkeit erwiesen.

Der Sprecher des Dortmunder Instituts für Gerontologie, Professor Dr. Gerhard Naegele, hielt dagegen nichts von einem Übergang von der Objekt- auf die Sub-

jektförderung; da müsse man zu einer „ambivalenten Beurteilung“ kommen. Bei beiden Modellen gebe es erhebliche Umsetzungsmängel, führte Naegele aus und regte als einer der Autoren des Berichts der Landesregierung an, die Evaluation unter „expliziter Berücksichtigung der Nutzerperspektive“ zu erweitern und zu fragen: „Was hat das Gesetz den betroffenen Menschen gebracht?“

Gottfried Wiechert von der Krankenhausgesellschaft NRW widmete sich dem Aspekt der Überleitung von der stationären Krankenhausbehandlung in die örtliche ambulante oder stationäre Pflege. Mit dem gewählten Verfahren sei man zufrieden, „wir können damit arbeiten“. Es sei dabei ein hohes Maß an persönlichem Einsatz und Engagement der Krankenhausmitarbeiterinnen und -mitarbeiter erforderlich. Wiechert: „Wir bitten, dies vor dem Hintergrund der den Krankenhäusern immer wieder unterstellten Einsparpotentiale zu berücksichtigen.“

Kritik an Beratung

Hiltrud Wessling von der Landesseniorenvertretung NRW kritisierte, der kommunale Auftrag der Beratung werde „faktisch oftmals mangelhaft“ durchgeführt. Außerdem bereiteten die komplementären Dienste der Landesseniorenvertretung „Sorge“; die Kommunen engagierten sich hier nicht deutlich genug, befand sie und verlangte, im Gesetz müssten die Verbesserung und Stärkung der Pflegeberatung stärker berücksichtigt werden. Auch die Zunahme des Anteils älterer Migranten in der Pflege sei von allen anzuerkennen. Trägerunabhängige Initiativen wie die Netzwerke Betroffenen sollten als qualitätssteigernde Maßnahme anerkannt werden.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Behindert/Landesbehindertenrat NRW wies auf den Mangel an Angeboten für junge behinderte und chronisch kranke pflegebedürftige Menschen hin. Zur Qualitätssicherung in der Pflege merkte Dr. Willibert Srunz an, hier gehe es um mehr als die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben: „Zwei wesentliche Kriterien für die Pflege sind aus unserer Sicht das Sichwohlfühlen und das Vorhandensein eines Beschwerdemanagements.“

Friedrich-Wilhelm Herkelmann vom Sozialverband Deutschland monierte, das Pflegegesetz habe sich von seinem Ziel, der häuslichen Pflege Vorrang zu gewähren, eher wegbewegt. Zum anderen seien die komplementären ambulanten Dienste für die Tragfähigkeit häuslicher Pflege unabdingbar, in eine dramatische Existenzkrise geraten. Herkelmann: „Es bleibt festzuhalten: In seinen zentralen strukturpolitischen Zielen, ohne die Pflege nicht zukunftsfähig werden kann, ist das Landespflegegesetz gescheitert.“ Man müsse sich entscheiden — entweder wolle das Land an seinen strukturpolitischen Zielen für eine menschenwürdige und menschengerechte Pflege festhalten oder „man glaubt weiterhin, dass die Hauptaufgabe des Sozialstaats darin bestehen müsse, billiger zu werden“.

Die Servicestelle für Altenarbeit, Beratung und Sozialplanung des Kreises Aachen bat darum, Investitionen in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Altenpflegerinnen und Altenpflegern zu tätigen und den Ausbau und die Qualitätspflege der Altenpflegeausbildung voranzutreiben. Dr.

Ansgar Stracke-Mertes betonte weiterhin die Bedeutung der Beratung und schlug vor, darüber nachzudenken, den Beratungsstellen die Berichterstattung als Pflichtaufgabe zu übertragen: Beratung helfe nicht den Ratsuchenden, sondern sei auch für Kommunen und die Pflegebedarfsplanung ein „Wahrnehmungsorgan“.

Für „Adelante“, ein Duisburger Netzwerk spanisch sprechender Seniorinnen und Senioren, urteilte Manuel Romano Garcia, „dass die gesundheitliche Verfassung der in der Bundesrepublik arbeitenden Migrantinnen und Migranten im Vergleich zur deutschen Bevölkerung Defizite aufweist“. Darum sollten Information und Beratung über Hilfeangebote für Deutsche wie für Migrantinnen und Migranten ein wichtiger Grundsatz im Landespflegegesetz sein. Es sei auch sehr wichtig, dass die Enkelinnen und Enkel der ausländischen Senioren in der Pflege ausgebildet und eingesetzt würden.

Theo Hengesbach von der Landesarbeitsgemeinschaft Wohnberatung NRW führte aus, die rund 100 Wohnberatungsstellen im Lande arbeiteten erfolgreich; NRW habe in diesem für die Pflege wichtigen Punkt eine führende Stellung inne. Die werde aber dadurch gefährdet, dass die zwischen dem Land und den Pflegekassen abgeschlossene Vereinbarung für die Vergütung der Wohnberatung den Beratungsstellen nicht ausgehändigt werde. Dennoch seien sie gehalten, eine Vereinbarung umzusetzen, die sie nur aus einem knappen Merkblatt kennen.

Helmut Wallrafen-Dreisow von der Sozialholding der Stadt Mönchengladbach warnte vor dem Eintreten eines Pflegenotstands durch Pflegefachpersonalmangel und verlangte eine stärkere Mitwirkung und Mitsprache älterer Menschen: Für ihn sei es unverständlich, wenn Träger dagegen seien, dass ältere Menschen, die im stationären Bereich bis zu 7 000 Mark bezahlen müssten, mit am Tisch sitzen. Neue Wohnformen seien vorbehaltlos zu erproben, die sich im Ausland bewährt hätten.

Selbstbestimmung

Theresia Brechmann vom Bielefelder Verein Alt und Jung machte darauf aufmerksam, es sei durchaus möglich, vielen Pflegebedürftigen menschenwürdigen Wohnraum im angestammten Quartier zu vermitteln und sie Tag und Nacht selbstbestimmt zu versorgen: Das habe ihr Verein in den letzten 20 Jahren bewiesen. Für diese Arbeit könnten auch sehr viele Pflegekräfte zurückgewonnen werden, die den Beruf inzwischen verlassen haben. Renate Demski vom gemeinnützigen Verein Alzheimer-Ethik plädierte dafür, stärker und flexibler auf die Bedürfnisse demenzkranker alter Menschen einzugehen und auch die Angehörigen nicht zu vergessen. So machten die pflegenden Familienangehörigen, etwa nach 14 Tagen Urlaub, immer wieder die Erfahrung, dass sich die Erkrankung der Patienten in der Kurzzeitpflege verschlimmert habe: Das Pflegepersonal habe keine Möglichkeit, diese Menschen auf das Heim vorzubereiten. Sie würden in den zwei Wochen bloß sediert und fixiert; dabei müssten sie „sehr intensiv und lieb betreut werden“. Demski hielt nichts davon, dass Heim und Beratungsstelle unter einem Dach arbeiteten: Viele Angehörige scheuten sich dann, Kritik zu äußern, weil sie den Heimbewohnern nicht schaden wollten.



Wiedersehen mit der alten Wirkungsstätte: Daniel Kreutz (r.), in der vergangenen Wahlperiode GRÜNEN-Landtagsabgeordneter und unterdessen Referent beim Sozialverband Deutschland, war einer der Teilnehmer der Pflegegesetz-Anhörung im Plenarsaal des Landtags. Foto: Schälte



Gallischer Esprit und nordrhein-westfälische Filmfördermittel — im gerade angelaufenen Streifen „Die fabelhafte Welt der Amélie“ sind sie eine kreative Verbindung eingegangen. Die Hauptrollen in dem Werk des Regisseurs Jean-Pierre Jeunet spielen Audrey Tautou (Bild) und Mathieu Kassovitz.

Foto: Prokino

Filmförderung: Der NRW-Effekt beläuft sich auf eine Milliarde

Neuer Geschäftsführer der Filmstiftung zieht im Medienausschuss Bilanz und gibt Ausblick

In der letzten Sitzung des Medienausschusses hat der neue Geschäftsführer der Filmstiftung NRW, Michael Schmid-Ospach, die Ziele und Perspektiven der Filmstiftung für die kommenden Jahre vorgestellt.

Der Nachfolger von Dieter Kosslick, der nach Berlin gegangen ist, verwies auf die Erfolge der zehnjährigen Tätigkeit der Filmstiftung, die über 400 Filme und Projekte mit insgesamt einer halben Milliarde Mark gefördert und dabei einen „NRW-Effekt“ von über einer Milliarde Mark erzielt habe. Eine Reihe der geförderten Filme habe nationale und internationale Auszeichnungen erhalten. Die Filmstiftung erhalte Gelder vom Land Nordrhein-Westfalen, dem WDR und dem ZDF. „Kultur und Wirtschaftsförderung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille“, betonte Schmid-Ospach. Die Filmstiftung habe im Laufe ihrer Geschichte starke Akzente gesetzt. Der Vorsprung des Fernsehlandes Nordrhein-Westfalen vor den anderen Bundesländern solle gehalten und das Land als Platz für Kinofilme noch attraktiver gemacht werden. Die Infrastruktur für die Produktion erstklassiger Filme sei in NRW vorhanden. Derzeit würden die harten

Standortfaktoren nach möglichen Verbesserungen untersucht. Die Filmstiftung kümmere sich aber auch um die so genannten weichen Standortfaktoren, wie geeignete Drehplätze.

Sehr gefreut habe ihn, Schmid-Ospach, das Erstaunen französischer Kollegen, dass der Film „Amélie“, ein Kultfilm in Frankreich, an dem sich die Filmstiftung beteiligt habe, in Köln-Ossendorf gedreht worden sei. Ebenso seien in Nordrhein-Westfalen die von französischen Regisseuren gedrehten Filme „Tosca“ und „Der König tanzt“ entstanden.

In der Debatte fragte Dr. Stefan Grüll (FDP) nach den Optimierungsmöglichkeiten beim Einsatz der Fördergelder. Marc Jan Eumann (SPD) interessierte sich für die Entwicklung der „Produzentenlandschaft“ in Nordrhein-Westfalen und den Sog nach Berlin. Oliver Keymis (GRÜNE) wollte die Definition für „harte Standortfaktoren“ und das Vorgehen gegen die amerikanische Konkurrenz wissen. Lothar Hegemann (CDU) erbat Auskunft, ob und wie die Rückflussquote der Mittel erhöht werden könne. Für Anke Brunn (SPD) war wichtig, ob die Förderung von Hochschulkooperationen auch dem Nachwuchs nutzen könnte. Dr. Frank Freimuth (SPD) fragte, ob auch DVD und Internetangebote gefördert werden könnten.

Der Chef der Staatskanzlei, Georg Wilhelm Adamowitsch, erklärte, für die Landesregierung sei die Quote des Rückflusses der Fördermittel kein Erfolgskriterium, weil die amerikanische Konkurrenz sehr dominierend sei. Schmid-Ospach ergänzte, der Rückfluss der Mittel sei in zweiter Linie wichtig, weil mit den Geldern weitere Projekte gefördert werden könnten. Die Produzenten sollten von öffentlichen Geldern unabhängig gemacht werden. Die harten Standortfaktoren, wie technische Ausstattung und Infrastruktur und Studios, seien gut und müssten vorgehalten werden, damit in NRW produziert werden könne. Drehbuchautoren wolle die Filmstiftung in Zusammenarbeit mit der Internationalen Filmschule fördern. Außerdem stünden für Nachwuchsfilmer Möglichkeiten bereit, mit neuer digitaler Technik zu drehen. Auch Hochschulkooperationen seien zur Förderung des Nachwuchses wichtig.

Vorsitzende Claudia Nell-Paul (SPD), erfreut über den frühen Besuch des neuen Geschäftsführers im Ausschuss, sagte: „Die heutige Veranstaltung ist erst der Beginn eines Meinungsaustauschs, denn der Medienausschuss wird die Filmstiftung weiterhin positiv begleiten.“

Silvia Winands

Kulturhauptstadt Europas:

„2010 muss es eine Stadt aus NRW sein“

Im Jahr 2010 wird Deutschland eine Kulturhauptstadt Europas stellen — dass es eine nordrhein-westfälische sein muss, verlangt die CDU in ihrem Antrag (Drs. 13/1234), den der Landtag einstimmig an den Kultur-ausschuss (federführend) überwiesen hat. Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) zeigte sich überzeugt, mehrere Städte im Lande — nicht nur aus dem Ruhrgebiet — seien „aus dem Stand her-

aus“ in der Lage, sich mit Aussicht auf Erfolg um den Titel zu bewerben. Damit seien dann ein „ungeheurer kultureller Entwicklungsschub, europaweite Aufmerksamkeit und hohe Besucherzahlen“ verbunden. NRW habe eine „vielfältige, hervorragende kommunale Kultur“ zu bieten, stellte Manfred Böcker (SPD) fest. Eine nordrhein-westfälische Bewerbung finde Unterstützung bei der Landesregierung. Brigitte Capune-Kitka (FDP) unterstich den Wettbewerbscharakter solcher Bewerbungen: Konzepte würden entworfen, die beteiligten Städte würden gewinnen. Es werde ein „Ruck“ durch die nordrhein-westfälischen Städte gehen, „Kultur ernster zu nehmen und ihren Sinn zu erkennen“. Für die GRÜNEN schlug Oliver Keymis — ironisch —

eine Kandidatur der Stadt Mönchengladbach vor, die ihr Theater durch ein Einkaufszentrum ersetzen wolle: Das wäre die erste Kulturhauptstadt Europas, „die vorher noch schnell ihr Theater abreißt“. Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) machte darauf aufmerksam, dass es sich um ein kommunales und kein staatliches Programm handele; die Landesregierung stehe der Bewerbung einer oder mehrerer Städte des Landes politisch sehr positiv gegenüber. Mittel aus dem Landeshaushalt stünden aber nicht bereit; wer einer solchen Unterstützung bedürfe, bei dem seien Zweifel angebracht, „ob man in der Lage sein würde, ein ganzjähriges Kulturprogramm auf europäischem Niveau zu gestalten und zu finanzieren“.



Erneut gesiegt hat die Redaktionsmannschaft von „Landtag intern“ bei der diesjährigen Essener Segelwoche: Redakteurin Maria Mester-Grüner, Fotograf Bernd Schälte und Dietmar Krüll (IT-Management) belegten zusammen mit der Crew der „Bild-Zeitung“ auf dem Baldeneysee den ersten Platz. In dem Rennen Ende August gingen zwölf Mannschaften — darunter ein Boot mit dem Essener Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Reiniger als Gast — in zwei Gruppen an den Start. Nach zwei guten Starts durch Steuermann Schälte kam es für die Landtagsmannschaft vor allem darauf an, durch aufmerksame Segelführung den schwachen Wind in möglichst viel Fahrt umzusetzen. Am Ende war der Pokal zwar mit „Bild“ zu teilen. Da aber eine Endausscheidung unter den zwei Gruppensiegern nicht vorgesehen war, blieb es bei Segelmanager Udo Optenhögel's Bemerkung, das Landtagsboot habe „auf der Strecke am besten ausgesehen“.

Foto: Optenhögel

Trostpflaster: Sieg beim Herner Hallenturnier

Ungeschlagen wurde der FC Landtag Sieger des Herner Hallenturniers zum 25-jährigen Jubiläum der Lehrer-Sport-AG Herne. Der FCL war gut aufgelegt und besiegte zum Auftakt das Herner Prominententeam um Alfred Pyka und Gerd Clement mit 2:0.

Die Tore erzielten Spielertrainer Wolfgang Euteneuer und der quirlige Carsten Herlitz. (Kleiner Exkurs am Rande: Westfalia Hütete stand 1959 und 1960 in der Endrunde zur Deutschen Fußballmeisterschaft. Die Bundesliga gibt es erst seit der Saison 1963/64. Das Tor von Westfalia hütete damals Hans Tilkowski, in der Abwehr stand Alfred Pyka, und Tore schoss Gerd Clement. (Übrigens: Deutscher Meister 1959 wurde Eintracht Frankfurt.)

Gegen die Wanner Lehrer reichte es für die Parlamentsmannschaft zu einem Unentschieden von 1:1. Wieder trug sich Wolfgang Euteneuer, wie so oft Dreh- und Angelpunkt des Landtags-Spielsystems, in die Torschützenliste ein. Mit seinem dritten Treffer im dritten Match wurde er zum Torschützenkönig des Turniers gekrönt und legte den Grundstein für den Erfolg von 3:1 gegen die gastgebenden und Jubiläum feiernden Herner Lehrer. Diese trafen zwar auch einmal ins Netz des FCL, wurden aber gleich zwei Mal klassisch ausgekontert durch den wieselflinken Jörg Krause. Der FC Landtag hatte verdient das Turnier gewonnen.

Die Spieler konnten sich den Lorbeer des Sieges um die Häupter winden; eine Flasche Wein und ein Sweatshirt gab es zusätzlich als Belohnung für jeden Teilnehmer. Und — beinahe überflüssig zu sagen — in der „Nachspielzeit“ wurde selbstverständlich auf das Gemütliche nicht verzichtet.

Hospital-Mannschaft kämpfte ohne Bandagen

Mit dem Personal eines Hospitals verbinden sich gemeinhin Vorstellungen von helfenden Händen, von pflegerischer und emotionaler Zuwendung. Von all dem allerdings konnte keine Rede sein beim Spiel des FC Landtag in Recklinghausen gegen die Mannschaft des Prosper-Hospitals. Sieben Tore fing sich der FCL bei drei selbstgeschossenen ein. Eine Niederlage von 7:3, das hört sich nach einer schmerzhaften Klatsche an — und doch verdient das Ergebnis und sein Zustandekommen eine differenzierte Betrachtung.

Das Prosper-Team, schon aus der Vergangenheit als spiel- und kampfstark bekannt, ging frühzeitig nach einer sehenswerten Kombination in Führung. Die bösen Ahnungen, die die mitgereisten Anhänger des FCL beschlichen, wurden schnell bittere Realität. 5:0 lautete der Pausenstand, wobei Torwart-Debütant Wolfgang Kölker im Kasten des FCL durch manch bravouröse Parade ein noch größeres Debakel verhinderte.

Der FCL hatte nur wenig spielerische Ansätze zu bieten oder Einzelaktionen, die aber meist verpufften, bevor der gegnerische Keeper zum Eingreifen gezwungen wurde. Insgesamt hatte der FCL noch nicht die richtige taktische Einstellung gefunden, war unkoordiniert, die Bindung zwischen den Mannschaftsteilen fehlte, die Positionen wurden nicht gehalten, die Mannschaft reagierte insgesamt schwerfällig. Trotz dieser unbestreitbaren Defizite aber konnten Fußballexperten erkennen, dass in dem Parlamentsteam noch nicht abgerufene Potentiale schlummerten, die nur zum Leben erweckt werden mussten.

Und genau das geschah nach deutlichen Worten von Spielführer Günter Langen, der in der Pause die Problemlösung kurzerhand zur Chefsache erklärte. Zunächst stellte sich das Team neu auf — das sagt man heute so in der Politik, wenn was in die Hose gegangen ist. Carsten Herlitz gab nun in der zweiten Hälfte einen energischen Libero. Dietmar Brockes stabilisierte als Vorstopper das bis dahin löchrige Abwehrbollwerk, und Norbert Stiens übernahm den Part des Spielgestalters mit Tordrang. Er war es

auch, der per Kopf verkürzte und kurze Zeit später mit einem wunderschönen Pass Thomas Mayer auf die Reise schickte. Dieser schloss, obwohl hart bedrängt, überlegt ein. Das Selbstbewusstsein stieg. Plötzlich war der FCL wieder wer und scheiterte nach einem erneut mustergültigen Angriff nur knapp. Es wäre das 3:5 gewesen ... Jedenfalls witterte der FCL seine Chance, öffnete die Deckung und suchte sein Heil wieder in Hurra-Attacken. Das wurde prompt mit zwei vermeidbaren Gegentoren bestraft. Nun war der Käse' endgültig gelutscht. Der FCL hatte zwar, niemals aufgebend, noch zwei so genannte Hundertprozentige; es reichte jedoch nur noch zur Ergebniskorrektur zum 3:7 durch Werner Mayer.

Heilsamer Schock auf Nordkirchener Rasen

Der idyllisch gelegene Rasenplatz in Nordkirchen lud geradezu ein zu gepflegten Kombinationen. Der FC Landtag nahm diese Einladung an und entfaltete zum Entzücken der Zuschauer und zum Schrecken des gegnerischen Teams aus Fachschule für Finanzen und Finanzministerium sein spielerisches Potential. Bei sommerlichen Temperaturen war es Wolfgang Euteneuer, der aus seinem Abwehrzentrum durch die Mitte des Raumes vorstieß, unwiderstehlich einige Finanzverwaltungsspieler stehen ließ und die Kugel aus mehr als 30 Metern treffsicher ins Tordreieck wuchtete — ein Bilderbuchtor. Es kam noch besser für den FCL. Norbert Steins hebelte mit einem weiten Diagonalpass vom linken auf den rechten Flügel die gesamte Finanzabwehr aus. Hans Zinnkann ließ das Leder kurz aufspringen, zog dann ab, reflexartig riss der Finanzkeeper die Fäuste hoch, faustete den Ball aber zurück vor den einschussbereiten Schützen, und der Ball zappelte zum 2:0 für den FCL in den Maschen. So schien das Spiel für die Landtagsmannschaft schon gelau-

Aber das Match nahm urplötzlich eine überraschende Wende. Gleich zweimal senkten sich verunglückte Flanken als tückische Bogenlampen in den FCL-Kasten: Ausgleich. Das Spiel war wieder offen. Der FCL agierte nun zunehmend nervöser, was sich darin zeigte, dass er immer wieder in die Abseitsfalle der Finanzler tappte. Und dann schien das Spiel völlig zu kippen: Foulelfmeter. Staatssekretär Harald Noack vom Finanzministerium verwandelte sicher.

Das jedoch war den FCL-Recken um Kapitän Günter Langen, Bernhard Tenhumberg und Werner Jostmeier, der ein Klasse-Debüt an der rechten Abwehrseite gab, denn doch zu viel des Schlechten. Vom Anstoßkreis weg hob Jens Harmeier das Leder über die noch jubelnde Finanzverwaltung, und Norbert Stiens erzielte den Ausgleich zum 3:3 — klug gedacht und kühn ausgeführt. Derselbe war es auch, der kurz darauf den Siegtreffer für den FCL erzielte. Er erkämpfte sich den Ball an der gegnerischen Strafraumgrenze, Doppelpass mit Jörg Valentin, platzierter Schuss ins kurze Eck — der Sieg des FCL stand mit 4:3 fest. So einfach ist das.

Acht Wochen Zwangsdiät für frischen Wind in der Landtagsküche

„Die beste Küchendecke, die ich kenne – prima Raumklima, guter Abzug, angenehmes Arbeiten“. Hohes Lob aus berufenem Munde: Jürgen Woitzik ist Küchenchef im Restaurant des Landtags. Er hat schon in manch anderen Betrieben gearbeitet und kann darum vergleichen. Am 20. August, dem ersten Tag der Wiederinbetriebnahme des Betriebsrestaurants, haben er und seine elf Mitarbeiter auf Ebene 0 des Landtagsgebäudes aufgeatmet. Seit diesem Tag funktioniert die völlig erneuerte Lüftungsdecke im Küchen- und Spülbereich, einwandfrei und spürbar besser als die alte.

Acht Wochen haben die umfangreichen Arbeiten gedauert. Eine halbe Million Mark kostete es, die nach 13 Jahren an das Ende ihrer Leistungskraft gekommene Küchendecke auszutauschen. Knapp 400 000 Mark waren erforderlich, um die beiden Kocheinheiten im Bereich der Speiseausgabe den geänderten Anforderungen anzupassen. Die Erfordernisse an Sicherheit, Hygiene und Schutz am Arbeitsplatz haben sich weiter entwickelt. Vorbei die Zeit, in denen die Landtagsbeschäftigten in ganz entlegenen Orten des Gebäudes den Speiseplan des Restaurants via Lüftungsanlage „erschnüffeln“ konnten. Vergessen die immer kürzeren Reinigungsintervalle, um mit immer schärferen Lösungen den Fettablagerungen in den Fettsammelschienen und Rohrleitungen zu Leibe zu rücken. Dieser schmierige, ölige Film hat die Tendenz zu verharzen, er behindert die freie Luftzirkulation, riecht im Übrigen nicht gut und kann bei Kanalbränden ein Sicherheitsrisiko darstellen.

Das alles ist, eine Woche bevor die Parlamentarier aus der Sommerpause ins Parlament zurückkehrten, nach gründlicher Vorplanung, im Zusammenspiel mehrerer Fachfirmen aus dem Lande und mit dem überdurchschnittlichen Engagement aller Beteiligten mit einer „Punktlandung“ zum festgelegten Termin zu Ende gegangen. Rolf Lenk, als Diplomingenieur in der Landtagsverwaltung zusammen mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes mit der Leitung der Umbauarbeiten betraut, beschreibt die besondere Notwendigkeit der nicht nur technisch, sondern auch finanziell aufwendigen Erneuerung. Es sei zum einen um die Erneuerung eines verbrauchten Deckensystems der Küche gegangen; zugleich war es aber notwendig, die Lüftung des Ausgabebereichs an die Küchenlüftung anzuschließen und von der Lüftung des Restaurationsbereichs zu trennen. Seit längerem werden nämlich hinter der Ausgabetheke (nach dem Motto: Das Auge isst mit) Pizzen gebacken und knackige Gemüse im asiatischen Wok gedünstet. Duft, Wärme und Fett dieser beiden Kochstellen wurden bisher nicht über das Küchen-, sondern über das normale Lüftungssystem weggeführt. Bei der Planung des Landtags waren seinerzeit diese beiden Neuerungen nicht abzusehen gewesen.

Acht Wochen Zwangsdiät für die wenigen, die in der Landtagsverwaltung während der Ferienzeit die Stellung hielten – stimmt nicht ganz, denn für die „Rumpfbesatzung“ gab es ein reduziertes Angebot kleinerer Speisen im Erfrischungsraum –, aber was geschah in dieser Zeit mit den 24 Beschäftigten der Firma Otaro, die seit Juli 1997 das Landtagsrestaurant betreibt? „Niemand

wurde entlassen“, stellt Betriebsleiter Thomas Weber auf die besorgte Frage klar. Die Köche, Küchenhilfen, Spülkräfte und die Damen an den Kassen hätten vier Wochen Urlaub genommen und Überstunden abgebaut. Küchenchef Woitzik zum Beispiel hat in einem anderen Betrieb ausgeholfen und in Düsseldorf bei E.on („unser neuestes Baby“) das Restaurant ans Laufen gebracht. Daneben gab es auch im Landtag bei geschlossener Küche und teilweise demonierter Einrichtung genug zu tun: Das ganze Geschirr und alle Bestecke und Utensilien mussten erst ausgeräumt, zwischengelagert, dann gespült und wieder eingeräumt werden. Und immer gab es etwas zu putzen, zu guter Letzt war trotz des mit Folien abgehängten Arbeitsbereichs eine gründliche hygienische Reinigung des gesamten Restaurant- und Küchenbereichs fällig. Acht Wochen Entbehrung – das Ende die-

ser schweren Zeit musste gefeiert werden. Zur Eröffnung am 20. August gab es für die Gäste ein großes Büffet. Für fünf Mark mochte jeder so viel essen, wie ihm behagte und zuträglich erschien. Am Tag darauf stand in der Eröffnungswoche für die Anhänger der bodenständigen Küche Schweineschnitzel mit Pommes auf dem Speisezettel. Am Mittwoch griffen Feinschmecker zum Kräuterrisotto, Heimatgefühle weckte der Rheinische Sauerbraten am Donnerstag, während Seelachs im Backteig vielen Fischfreunden am Freitag unwiderstehlich erschien. Wie immer: „Ihr Otaro-Team wünscht guten Appetit.“ Das obligate „Danke“, das als Entgegnung diesem Wunsch zu folgen pflegt, bezieht nach der gelungenen Renovierung diesmal auch die Handwerker, Planer und Reinigungskräfte mit ein, die sich in den letzten Wochen mächtig Mühe gegeben haben.

Jürgen Knepper

Viele Köche reden nicht um den heißen Brei herum – ihr einhelliges Urteil über die neuen Bedingungen am Arbeitsplatz: „Spitze“, was die Lüftung angeht. Foto: Schälte



TÜV-Siegel für Lebensmittel

Parlament debattiert über Wege aus der Vertrauenskrise

Nur durch eine nachhaltige Landwirtschafts- und zukunftsweisende Verbraucherpolitik sei das durch BSE und MKS erschütterte Vertrauen der Menschen in die Lebensmittel wiederzugewinnen. In ihrem Antrag (Drs. 13/1300) nennen SPD und GRÜNE eine ganze Reihe von Maßnahmen, die NRW Vorreiterrolle im Verbraucherschutz ausbauen sollen.

Dr. Georg Scholz (SPD) nannte als Ziel: „Sichere und gesunde Lebensmittel – unabhängig von der Frage konventionell oder ökologisch, Metzger oder Supermarkt.“ Dazu solle ein „TÜV für Lebensmittel“ den bisherigen Kennzeichnungswirrwarr ersetzen. Die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft sollte stärker als bisher an ökologischen und Arbeitsplätze schaffenden Produktionen ausgerichtet werden. Scholz: „Die aktuelle Verbraucherkrise können wir nur durch eine nachhaltige Landwirtschaft und einen umfassenden Qualitätspakt gemeinsam mit Verbrauchern und Landwirten, Umwelt- und Tierschutzverbänden sowie dem Handwerk und der Industrie überwinden.“ **Reiner Priggen (GRÜNE)** freute sich auf die Diskussion mit der Opposition im Ausschuss und stimmte den Ausführungen seines Vorredners zu.

Marie-Luise Fasse (CDU) sah im Antrag der Koalitionsfraktionen inhaltliche Mängel und Ungereimtheiten. Sie lehnte eine Orientierung am ökologischen Anbau zu

Lasten der konventionellen Landwirtschaft ab und wollte nichts wissen von einem „Sondersiegel für konventionell erzeugte Lebensmittel“ – das suggeriere dem Verbraucher Minderwertigkeit. Wenn überhaupt, dann müsse es ein einheitliches Qualitätssiegel geben.

Felix Becker (FDP) signalisierte grundsätzliche Zustimmung mit den Forderungen des Antrags. Er wandte aber ein, wo bei der Ausrichtung an die Arbeitnehmerinteressen „die Interessen von Bauern und Gärtnern im Sinne eines angemessenen Einkommens oder von zumutbaren Arbeitsbedingungen bleiben“? Man solle nicht vergessen: Agrar-High-Tech sicherten Ernährung und Gesundheit der Menschen; vielen Menschen in den armen Ländern wäre geholfen, wenn sie daran teilhaben könnten.

Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) widersprach dem Gedanken, Ökolandbau habe nichts mit moderner Technik zu tun. Eine mit der Umwelt verträgliche Landwirtschaft nehme den Landwirten nicht das Geld aus der Tasche, die Bundeslandwirtschaftsministerin stelle 330 Millionen Mark mehr für die Landwirtschaft bereit. Im Übrigen verstehe sie nicht die Einwände gegen ein spezielles Qualitätssiegel für Produkte, die hierzulande in der Herstellung besondere Umweltauflagen erfüllten und sich damit von Billigprodukten abhoben, die von außen kommen.

Mit Metrorapid kann NRW seine Standortvorteile beweisen

SPD-Fraktionsvorsitzender Edgar Moron ist zuversichtlich, dass der Zeitplan für den Metrorapid eingehalten werden kann. Bedingung für die Verwirklichung des Metrorapid sei, dass sich dieses Verkehrssystem rechnerisch und dass es sich in das bestehende ÖPNV-System einpassen lasse. Das werde derzeit geklärt. Parallel dazu habe Nordrhein-Westfalen an diesem Beispiel aber die Chance, seine Standortvorteile zu beweisen. Edgar Moron: „Wenn es uns gemeinsam gelingt, Land und Kommunen, ein so großes und ehrgeiziges Projekt in einem so hoch verdichteten Land in nur sieben Jahren von der ersten

Planung bis zur Vollendung auf die Beine zu stellen, dann ist das die beste Werbung für Nordrhein-Westfalen und das beste Argument für Investoren.“ Was jetzt an Planungs- und Vorarbeiten für die Trasse gemacht werden könne, müsse getan werden, unabhängig vom Ausgang der Machbarkeitsstudie. Solidität und unbürokratisches Handeln seien die zwei Seiten derselben Medaille.



„Dass jetzt auch die CDU-Landtagsfraktion sich für mehr Selbstständigkeit der Schulen ausspricht, zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.“ Mit diesen Worten begrüßte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Brigitte Speth die Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Startschuss für das Modellprojekt „Selbstständ-

ge Schule“. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Recker hatte gefordert, alle Schulen, die sich dazu in der Lage sähen, müssten die Chance zu mehr Selbstständigkeit erhalten. Richtig sei auch die Feststellung der CDU, so Brigitte Speth weiter, dass ein Leuchtturmprojekt allein nicht die Situation an den Schulen verbessern könne. Deshalb habe die SPD-Fraktion ein Reformbündel verabredet, mit dem die Qualität der schulischen Bildung in NRW auf hohem Niveau gesichert werde. Dazu gehöre, dass trotz angespannter Finanzlage mehr Geld für mehr Lehrerinnen und Lehrer bereitgestellt werde. Dafür müsse es an anderer Stelle zu Einsparungen kommen. „Die Haushaltsberatungen im Herbst werden zeigen, ob die heutige konstruktive Aussage der CDU-Opposition eine Eintagsfliege war“, kommentierte Speth.

Das Land spart die öffentlichen Bibliotheken auf Kosten unserer Kinder kaputt

Zu den Plänen der Landesregierung, sich völlig aus der Bibliotheksförderung zurückzuziehen, erklärt der kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Richard Blömer:

„Die Landesregierung will offensichtlich im Rahmen ihrer neuen Schwerpunktbildung die Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens in Höhe von 5,4 Mio. Mark in NRW komplett streichen. Dieses Vorhaben der Landesregierung werden wir mit aller Kraft bekämpfen.

Es sind schließlich die öffentlichen Bibliotheken, die als Bildungsträger die meisten Besucher und Nutzer zu verzeichnen haben. Laut einer Bertelsmann-Studie aus dem Jahr 1997 nutzen 73 Prozent aller Schüler öffentliche Bibliotheken.

Schon in der Vergangenheit gehörte das Bibliothekswesen zu den ungeliebten Stiefkindern der rot-grünen Landeskulturpolitik. Trotz steigender Entleihzahlen sinkt der Medienbestand in den öffentlichen Bibliotheken ständig. Um die katastrophale Entwicklung aufzuzeigen, genügt ein Blick in den Landeshaushalt. Die Zuweisungen des Landes an die Gemeinden zur Förderung des Bibliothekswesens sanken von 1991 bis heute von 6,7 Mio. Mark auf 5,4 Mio. Mark.

Selbst die kleinen Beträge der Landesförderung haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Impulse in die Bibliothekslandschaft gebracht, etwa im Hinblick auf Internetzugang für öffentliche Bibliotheken und Medienkistenservice für Schulen. Die Landesförderung übt

deswegen eine beträchtliche Hebelwirkung, insbesondere bei klein- und mittelstädtischen Bibliotheken, aus.

Das Argument der Landesregierung, dass die wegfallenden Gelder aus der bisherigen Landesförderung die Kommunen übernehmen könnten, da sie ja in vielen Bereichen in 2002 entlastet würden, ist eine Milchmädchenrechnung.

Die Landesregierung treibt die Kommunen vielmehr mit ihrem Vorhaben im Haushaltsbegleitgesetz weiter in die Schuldenklemme. Die CDU-Landtagsfraktion wird sich in den kommenden Monaten vehement dafür einsetzen, die systematische Demontage des Bibliothekszuges durch die Landesregierung zu bekämpfen.“

Witzel: Ernüchternde Bildungsbilanz der Landesregierung

Als ernüchternde Bildungsbilanz der rot-grünen Landesregierung wertet der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Ralf Witzel, die Antwort auf die Große Anfrage zur Standortbestimmung und Zukunftsfähigkeit des NRW-Bildungssystems (Drs. 13/1395). Zehn Jahre nach dem Kienbaum-Gutachten, Deutschlands größter Bildungsuntersuchung, ist nach Witzels Worten die Landesregierung durch die Große Anfrage der FDP-Fraktion dazu gebracht worden, die Karten auf den Tisch zu legen.

Witzel resümiert: „Seit 1991 sind Klassen- und Schüler-/Lehrer-Relation gestiegen und nehmen damit einen traurigen Spli-

zenplatz im Bundesländervergleich ein. Zugleich wurden trotz sichtbar steigender Schülerzahlen Hunderte von Schulstandorten geschlossen und der Unterrichtsabbau in NRW durch Kürzung der vorgesehenen Stundentafeln vorangetrieben. 4300 Vollzeitstellen der Vertretungsreserve an den Schulen wurden komplett gestrichen und über eine Milliarde Mark für Lehrerneueinstellungen zur Standardsicherung durch Lehrermehrarbeit unterlassen.“

Die Anzahl von Schulabgängern ohne Schulabschluss ist weiter angestiegen. Wenn NRW trotz der bundesweit schlechtesten Bildungsversorgung die höchste Anzahl formal hochwertiger Bildungsabschlüs-

se verleiht, belegt dies den fortschreitenden Trend zur Standardsenkung und zum Notenlifting. Formal abgehaltene, aber fachfremd unterrichtete Stunden haben ein dramatisches Ausmaß an allen Schulformen erreicht, es beträgt in Zukunftsfächern mit hohem Berufsbezug an Real- und Hauptschulen fast 100 Prozent.

Witzel: „Angesichts fortbestehender und nicht zu leugnender Missstände und Reformnotwendigkeiten hat es die Landesregierung vorgezogen, an den Symptomen der bildungspolitischen Krankheit in Nordrhein-Westfalen durch ständig neue Notprogramme herumzukurieren, ohne die Wunden zu heilen.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

Betreuung von Schulkindern verbessern! GRÜNE stellen neues Konzept vor

Die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat auf ihrer Klausur am 3. und 4. September in Schwelm Eckpunkte für ein Konzept zur Neuordnung der Betreuung von Kindern im Grundschulalter beschlossen. Das neue Konzept der GRÜNEN-Fraktion sieht vor, die Betreuungsstruktur zu vereinheitlichen, die Planung in den Kommunen zu koordinieren, die Geldmittel den Kommunen pauschal zuzuweisen und Kinderbetreuung stärker zu fördern.

Drei verschiedene Fördertitel sollen zusammengefasst und den Kommunen, Kreisen und kreis-

freien Städten pauschal zur Verfügung gestellt werden. Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen diese Mittel im Landeshaushalt um 50 Millionen erhöht und somit glatt verdoppelt werden.

Kernpunkte des GRÜNEN Konzeptes sind neben einer Neuordnung der Finanzierung eine Verpflichtung der Kommunen zur Bedarfserhebung bei den Eltern unintegrierter, schulnaher Betreuungsplanung, eine kommunale Koordinierung für die Realisierung des angemeldeten Betreuungsbedarfs. Einige qualitative Eckpunkte, die in entsprechende Richtlinien aufgenommen werden müssen, sind die Einbindung von Fachpersonal und die Verlässlichkeit des Betreuungsangebotes, auch während der Schulferien.

Daneben soll das GTK weiterentwickelt werden: Flexibilisierung von Öffnungszeiten, Doppelbelegung von Gruppen in besuchsschwachen Zeiten, Aufnahme zusätzlicher Kinder in Hortgrup-

pen, Umwandlung von Kindergartenplätzen in Kleinkindplätze.

Die Zukunft aber wird nach Ansicht der GRÜNEN überwiegend in Schulen mit optionalem Ganztagsangebot liegen. Das sind Schulen, die über den Unterricht hinaus ein verlässliches Freizeit- und Betreuungsangebot ermöglichen. Dadurch wird der Charakter von Grundschulen als kindgerechte Lebens- und Lernorte verstärkt.

„GRÜNE wollen ein öffentliches Betreuungssystem für NRW, das am Bedarf von Kindern und Eltern orientiert ist und ‚Hand in Hand‘ von Land, Kommunen und Trägern organisiert wird“, so Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann, MdL, vor der Presse. „Kindertagesstätten und Schulen müssen gemeinsam den Auftrag von Bildung, Erziehung und Betreuung verwirklichen. Dafür will die GRÜNE-Fraktion jetzt die Weichen stellen.“

Porträt der Woche

Ute Koczky zählt zu den jungen aktiven Frauen, die politisches Engagement mit Ernst betreiben und darüber die Lebenslust nicht verlieren haben. Die 1961 im Schwäbischen geborene Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann sich sehr über die Ungerechtigkeiten dieser Welt aufregen, wenn sie beispielsweise von der Schufferei südkoreanischer Textilarbeiterinnen erzählt. Sie vermag aber auch mit fröhlicher Miene davon zu berichten, dass sie mit ihrem spanischen Freund einen Auffrischkurs in Tango argentino mache, das Reiten (ohne Sattel und Trense) wieder entdeckt habe und gerne italienisch schlemme. Ute Koczky gibt auch zu, dass sie kein Auto besitze und aus ökologischen Gründen Reisen mit dem Flugzeug nur ganz selten mache. Andererseits gehört sie nicht zu den biestigen Naturheilern, die Otto Normalverbraucher seinen jährlichen Flug nach Palma so verteuern möchten, damit künftig aus Kostengründen in Eifel, Westerwald und Hunsrück Urlaub gemacht werden müsste.

Regelmäßig montags fährt Ute Koczky mit dem ICE von Bielefeld nach Düsseldorf. Dass arrivierte GRÜNE mittlerweile ohne Skrupel in großen Dienstwagen steigen, macht ihr keinen Kummer. Wenn sie an die Ministerinnen und Minister denkt, die ihre Partei stellt, und wenn sie sich vorstellt, wie diese Engpasssituationen täglich bis zu zwölf Termine wahrnehmen müssen, dann mag sie denen den Dienstmercedes nicht ausreden. Sie als leidenschaftliche Parlamentarierin könne vieles gut mit der Bahn erreichen, aber die Minister brauchten ihren Wagen als rollendes Büro und aus Gründen der Beweglichkeit. „Da“, sagt Ute Koczky, „bin ich nicht dogmatisch“.

Seit 13 Jahren lebt die Tochter oberschlesischer Eltern in Lemgo. Sie ist gerne dort. Es gefällt ihr zwischen Wiesen und Feldern, und was den Men-

schenschlag im Lipperland angeht, die angeblich so verschlossenen und geizigen Lipper, da schmunzelt die sympathische Frau, die in Tübingen empirische Kulturwissenschaft und Ethnologie studiert hat: „Ich kenne viele Lipper, die ausgabe-freudig sind und das Herz auf dem rechten Fleck haben.“

Ute Koczky gehört zu den Menschen, welche die Verschiedenheit der Menschen und Kulturen nicht schreckt, die sich vielmehr einen Traum bewahrt haben: den Traum von einer Gesellschaft, in der das jeweils Andersartige akzeptiert wird, in der ein jeder kritikfähig und tolerant zugleich ist. Sie weiß, dass das ehemalige politische Modewort „multikulturell“ unschöne Altersflecken bekommen hat. Was sie will ist: gegenseitiges Respektieren, friedfertiges Zusammenleben verschiedener Kulturen organisieren helfen.

Auf die Frage, ob sie sanftmütig sei, antwortet die Abgeordnete nicht mit einem eindeutigen Ja. Wahrscheinlich ist ihr das Adjektiv zu defensiv. Sie will bei aller Friedfertigkeit gegen das Ungerechte ein Zeichen setzen. Seit dem Besuch bei den südkoreanischen Arbeiterinnen hat Ute Koczky bei jedem Einkaufsbummel in westlichen Fußgängerzonen die Lohnsklavinnen aus Fernost vor Augen, die Billigkräfte, die dafür sorgen, dass die Wohlstandsmenschen hier Klamotten zu Niedrigpreisen kaufen können. Die Lemgoerin kauft seither noch bewusster ein, ist bereit, einen fairen Preis zu zahlen für gute, ökologisch einwandfreie Ware. Andererseits: Es liegt ihr fern, zu missionieren, aber ein ganz persönliches Beispiel konsequenten Lebensstils möchte sie ihren Mitmenschen schon geben. Zu den GRÜNEN stieß Ute Koczky 1983, kurz vor der damaligen Bundestagswahl. Eine-Welt-Politik, Frauenrechte, Friedensbewegung — so lauteten die wichtigsten Gründe für ihre Parteimitgliedschaft. Gabe es die GRÜNEN nicht mehr, würde sie in keine andere Partei eintreten, vielmehr wieder mehr für Menschenrechtsorganisationen arbeiten, etwa „Terre des Femmes“, die sie schon als Stu-



Ute Koczky (GRÜNE)

dentin kennengelernt hat. Sie mahnt ihre Partei, nicht die politischen Wurzeln zu vergessen. Das Credo ihres Politikerinnenlebens ist das Bekenntnis zur Friedenspflicht. Die Erfahrung lehre, dass jede Generation von neuem für den Frieden einstehen müsse. Auch den Europäern sei kein ewiger Friede geschenkt. Hierzulande vergäßen zu viele zu leicht, dass die Erhaltung des Friedens das A und O jeder Politik sei.

Wer so formuliert, steckt seinen politischen Aktionsrahmen weiter, als dies landespolitisch notwendig wäre. Mehr als in die Bundespolitik, würde es Ute Koczky in die Europapolitik ziehen. Das Übernationale, Grenzüberschreitende reizt sie, ohne jedoch eine „Reisetante“ zu sein. Daran hindert sie schon ihre ökologisch begründete Flughemmung.

Reinhold Michels

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 13. September 2001 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Gruener (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon: (0211) 884 23 04, 884 25 45 und 884 23 09, FAX 884 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Nolker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (0211) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

„Die Jugend mehr in die Politik einbeziehen“

Landtag intern hat eine neue Chefredakteurin. Seit dem 1. August leitet die neue Sprecherin des Landtags, Stephanie Hajdamowicz (Bild), die Redaktion der Parlamentszeitschrift. Die kurze Zeit hat genügt, um der bislang etwas behäbig daherkommenden Parlamentszeitschrift ein neues Äußeres zu verpassen: Informativ wie bisher, aber bunt und lebendig wie das Parlamentsgeschehen.

Die ausgebildete Politikwissenschaftlerin strahlt aus, was sie bei ihrer Arbeit für den Landtag verwirklichen möchte: „Mit meiner Idee, das Parlament für junge Menschen zu öffnen, habe ich bei Landtagspräsident Ulrich Schmidt offene Türen einge-rannt.“ Ihr schwebt ein Jugendparlament vor, das möglicherweise als Beratungsgremium bei der Arbeit des Landtags mitwirkt. Erste Früchte sollen bei den Veranstaltungen zum Weltkindertag am 20. September zu erkennen sein, stellt sich Hajdamowicz vor: „Nichts Betuliches, dafür mehr spielerischer Umgang mit der Politik — und den Politikern“, wie sie hinzufügt und dabei auf die Folie aufmerksam macht, vor der dieser Weltkindertag diesmal abläuft: Toleranz und Absage an Fremdenfeindlichkeit. Schon früh hatte die heutige Pressesprecherin des Landtags den Wunsch, Journalistin zu werden. Der erfüllte sich auf Umwegen: Realschule, Höhere Handelsschule, schließlich Abitur. Dann ein Jahr



Praktikum in der Stadtbücherei. Anschließend Hauptstudium Internationale Politik in Duisburg. Parallel dazu arbeitete die lesebegeisterte Kino- und Theatergängerin als studentische Hilfskraft. Ihre weiten Reisen führten sie bis nach Mittelamerika — das weitete den Horizont und hinterließ eine Dauerfolge, die Leidenschaft für Salsa.

Ihre beruflichen Erfahrungen sammelte sie im Lauf ihrer 13-jährigen Tätigkeit für die Neue Rhein/Ruhr Zeitung (NRZ). Ihr journalistischer Mentor, der inzwischen verstorbene Theodor-Wolf-Preisträger Karl Wagemann, gab ihr auf den Weg mit: „Geschichten liegen auf der Straße. Immer wahrhaftig bleiben. Prüfe alles, was du hörst.“ Sie beherzigte diese Ratschläge und arbeitete sich zielgerichtet von der Praktikantin, über die freie Mitarbeiterin, zur festen Freien und zur Pauschalistin empor. Als Redakteurin begegnete sie vielen Personen der Zeitgeschichte, sie interviewte den Dalai Lama und Arafat. Sie begegnete aber auch Hape Kerkeling — stets mitten im Geschehen und mit Herz und Schreibblock nah dran an den Menschen. Neben den journalistischen sammelte Stephanie Hajdamowicz (38) auch Erfahrungen als Dozentin in der politischen Bildungsarbeit. An der Journalistenschule Ruhr, einer Einrichtung der WAZ-Mediengruppe, bildete sie Redakteurinnen und Redakteure aus ganz Deutschland aus, zum Beispiel in medien-spezifischen Computerkursen. Job und Nebenjob forderten ihre Kompetenz, entfalteten ihre Kreativität und weckten irgendwann auch den Wunsch, etwas Neues zu machen. Da kam das Angebot der Pressesprecherin des Landtags gerade recht. Stephanie Hajdamowicz überlegte nicht lange und sagte entschlossen zu.

(kaa)

Zur Person

Geburtsstagsliste

vom 3. September bis 17. September 2001

- 3.9. Karin Jung (SPD) 59 J.
- 6.9. Jürgen Jentsch (SPD) 62 J.
- 11.9. Gabriele Kordowski (CDU) 48 J.
- 15.9. Dr. Stefan Berger (CDU) 32 J.
- 16.9. Britta Altenkamp-Nowicki (SPD) 37 J.
- 17.9. Jutta Appelt (CDU) 62 J.
- 17.9. Anke Brunn (SPD) 59 J.

Dietrich Kessel (SPD) ist am 13. August 2001 60 Jahre alt geworden. 1941 in Darmstadt geboren und nach dem Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Sozialpolitik an der Universität Frankfurt kam er 1969 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an das Psychologische Institut der Ruhr-Universität Bochum, wo er sich dann von 1975 bis 1990 als Verwaltungsangestellter mit der Hochschulplanung beschäftigte. 1990 wurde der in Witten/ Ruhr wohnende Diplom-Soziologe zum ersten Mal im Wahlkreis 123 (Ennepe-Ruhr-Kreis III) direkt in den Landtag gewählt. Im derzeitigen Landtag ist er Mitglied und Sprecher der SPD-Fraktion im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung; daneben gehört er als ordentliches Mitglied dem Ausschuss für Kommunalpolitik, als stellvertretendes Mitglied dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung sowie dem Petitionsausschuss an. Kessel ist Mitglied der SPD seit 1965, dem Kreistag des Ennepe-Ruhr-Kreises gehört er seit 1975 an, seit 1985 ist er Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, 1988 wurde er zum Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Ennepe-Ruhr gewählt. Dietrich Kessel ist verheiratet und hat einen Sohn.

Dirk Pesch aus Bönen ist vom Landtag NRW auf Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion einstimmig zum Mitglied des Ausschusses für die Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Verwaltungsgericht Arnsberg gewählt worden.

Mit großem Nachdruck drängt er auf Reformen

Er ist passionierter Bergsteiger, Zigarrenraucher und seit 15 Monaten Chef der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag. Jetzt feierte Edgar Moron (Bild) seinen sechzigsten Geburtstag. „Ich wollte das ja gar nicht an die große Glocke hängen“, sagte er in der ersten Sitzung der Fraktion nach der Sommerpause. Aber wenn dieser Geburtstag nun mal genau auf den Tag der Fraktionssitzung falle, dann freue er sich doch darüber, im Kreise von so vielen Freunden feiern zu dürfen. Tatsächlich ist Edgar Moron einer, dem große Auftritte fremd sind. Er möchte, „dass der Laden läuft“ und drängt darauf, dass die verabredeten politischen Projekte vorankommen. Manch einer wirft ihm Ungeduld vor, wenn er fordert, die bildungspolitischen Reformen zügig und umfassend zu verwirklichen. Für ihn ist die Bildungspolitik das wichtigste landespolitische The-

DER PRÄSIDENT DES LANDTAGS NRW, POSTFACH 10 11 43, 40002 DÜSSELDORF
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 2382

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Blumenpracht zum Selberschneiden ist ein Angebot, dem schwer zu widerstehen ist. Immer häufiger weisen Schilder entlang der Straßen im ländlichen Raum den Weg zu Feldern mit blühenden Gladiolen, Sonnenblumen oder Gerbera. Ein Messer zum Abschneiden liegt meist bereit, danach wird – wenn kein Kassierer vorhanden ist – im Vertrauen auf die Ehrlichkeit der Laufkundschaft darum gebeten, den angefallenen Betrag in einem Kasten zu deponieren – eine lohnende, wenn auch nicht ganz risikofreie Art der Direktvermarktung. Unser Bild entstand zur Zeit der letzten heißen Sommertage im Niederbergischen, zwischen Ratingen und Wülfrath.
Foto: Schälte

ma dieser Legislaturperiode. „Qualifizierte Bildung ist die beste berufliche Perspektive für junge Menschen und unverzichtbar für Wohlstand und Wirtschaftskraft“, ist seine These. So fasste er mit der SPD-Fraktion den Grundsatzbeschluss, in dieser Legis-



laturperiode Geld bereitzustellen für über 6 000 neue Lehrerinnen und Lehrer. „Die Menschen wollen keinen Streit, sie erwarten, dass wir ihre Sorgen ernst nehmen, Probleme lösen und ihre Lebensverhältnisse verbessern.“ Mit diesen Worten begründet Moron die im Vergleich zur vergangenen Legislaturperiode fast geräuschlose Zusammenarbeit in der rot-grünen Koalition. Ob das in den nächsten Wochen so bleibe, müsse sich noch zeigen, sieht der SPD-Fraktionschef nach seinem 60. Geburtstag schwierige Haushaltsberatungen auf die Koalitionsfraktionen zukommen. Neue Arbeit, mehr Lehrer, mehr Ganztagsbetreuung, das müsse erst einmal finanziert werden, bei sinkenden Einnahmen des Landes. Auf keinen Fall würden neue Schulden gemacht, im Gegenteil soll die Neuverschuldung zurückgefahren werden. Der im oberschlesischen Beuthen geborene Diplom-Politologe ist seit 1990 Mitglied des Landtages und war zwei Jahre Parlamentarischer Geschäftsführer. Im November wird er sich der turnusmäßigen Wiederwahl als Fraktionschef stellen. „Ich erwarte ein ehrliches Ergebnis“, sagt Edgar Moron.